

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen
(GESIS-ZUMA), Mannheim,
Zentrum für Sozialindikatorenforschung,

Heinz-Herbert Noll,

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB),
Zentrales Datenmanagement,

Roland Habich

Datenreport 2008

Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland

3 Bildung

3.1 Bildungsbeteiligung, Bildungsniveau und Bildungsbudget

Christiane Krüger-Hemmer

3

Die Bildungspolitik in Deutschland steht auch im ersten Jahrzehnt des dritten Jahrtausends im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) 2006, die den deutschen Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich erneut nur ein unterdurchschnittliches Leistungsniveau bescheinigte, werden weiterhin breit diskutiert. Was sind die Ursachen für das schlechte Abschneiden und welche Konsequenzen sollten daraus gezogen werden? Die Auswirkungen der Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre werden unter dem Kürzel G8 von den betroffenen Gymnasiasten, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern ebenfalls kontrovers erörtert.

Wie bereits seit Jahren, ist der Lehrstellenmangel und damit auch die Zukunft des dualen Systems für die einen Ausbildungsplatz suchenden Schulabgänger, Eltern und Lehrkräfte sowie Ausbilder und Ausbilderinnen, aber auch für Politik und Wissenschaft, ein akutes Problem.

Die finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschulen ist angesichts der bereits umgesetzten oder geplanten Einführung von Studiengebühren in nahezu allen Bundesländern ein weiteres Thema, insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten.

Die in diesem Kapitel verwendeten Bildungsdaten stammen aus der amtlichen

Schulstatistik (Schüler und Schülerinnen, Absolventen und Abgänger und Lehrkräfte), der Berufsbildungsstatistik (Auszubildende, Abschlussprüfungen), der Hochschulstatistik (Studierende, Studienanfänger, Hochschulabsolventen und -personal), dem Adult Education Survey (Teilnahme der Bevölkerung im Erwachsenenalter an unterschiedlichen Formen von Lernaktivitäten), der Europäischen Erhebung über die betriebliche Weiterbildung (Teilnahme der Beschäftigten an den unterschiedlichen Formen betrieblicher Weiterbildung), dem Mikrozensus (Bildungsstand der Bevölkerung) sowie der Jahresrechnungsstatistik und der Hochschulfinanzstatistik (Bildungsausgaben).

➔ **Abb. 1**

Die Statistiken spiegeln den Einfluss der Rahmenbedingungen außerhalb des Bildungsbereichs wider, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert haben. Entscheidende Einflüsse gehen dabei von der demografischen Entwicklung aus. Der Altersaufbau der Bevölkerung ist geprägt durch die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre mit zum Teil deutlich mehr als einer Million Neugeborenen pro Jahr, den geburtenschwachen Jahrgängen mit durchschnittlich etwa 830 000 Neugeborenen von 1974 bis 1989 und etwa 800 000 Neugeborenen in den 1990er Jahren.

Seit 1998 sind in Deutschland jährlich weniger Geburten registriert worden. Ein drastischer Geburtenrückgang war Anfang der 1990er Jahre in den neuen Län-

dern und Berlin-Ost zu verzeichnen. Inzwischen gibt es dort wieder deutlich mehr Neugeborene.

Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei Schülern und Schülerinnen, Auszubildenden und Studierenden. Die Bevölkerungsentwicklung ist allerdings nicht der einzige Einflussfaktor auf das Bildungsangebot und die Bildungsnachfrage. Die individuellen Bildungsentscheidungen der Menschen und die Maßnahmen, die zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele getroffen werden, sind ebenfalls von großer Bedeutung.

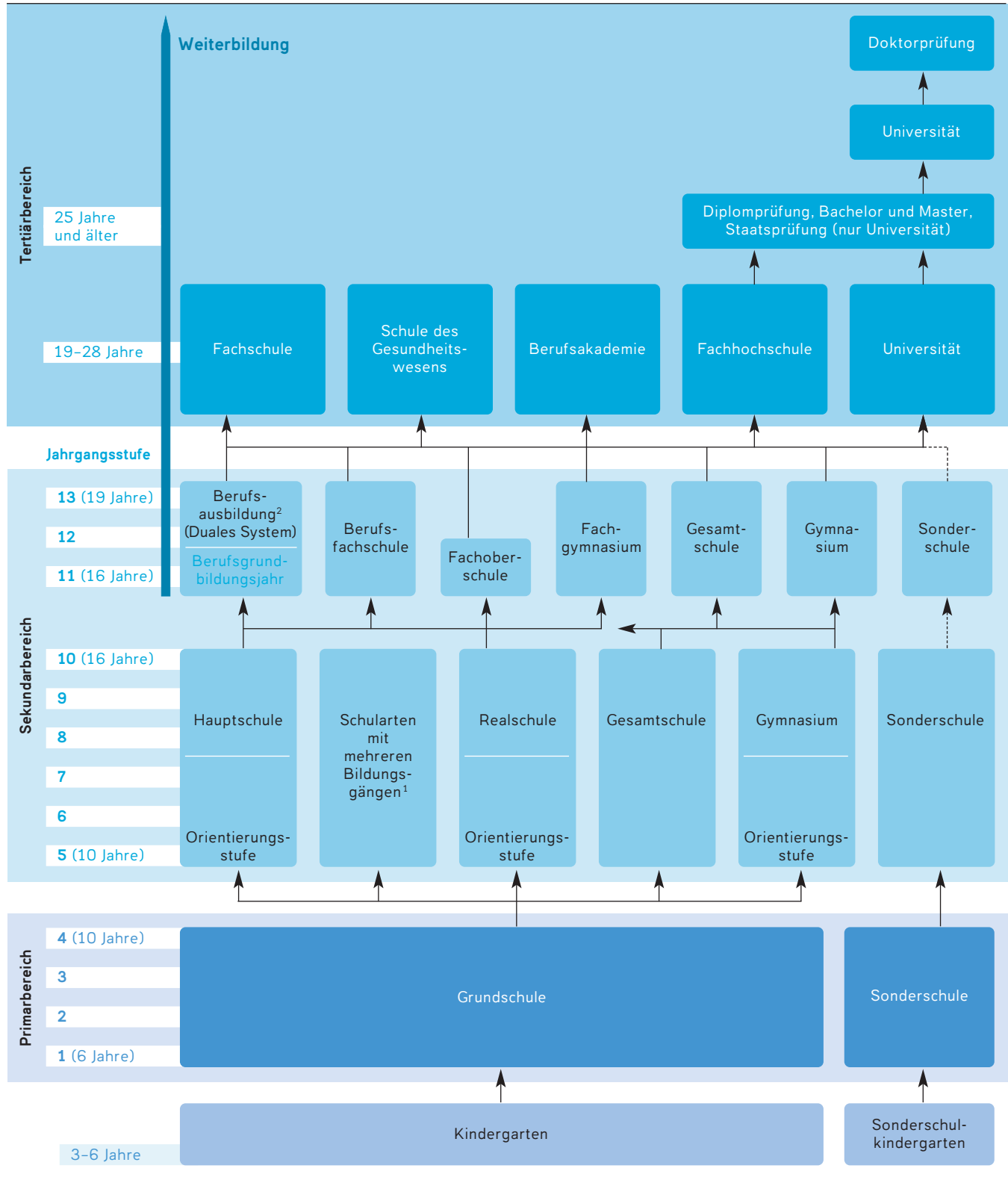
3.1.1 Allgemein bildende und berufliche Schulen

Das Grundgesetz weist den Ländern im Rahmen der föderalistischen Staatsordnung die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen zu, die sie als Teil ihrer Kulturhoheit ausüben. Die Länder nutzen diese Kompetenz, um ihr Bildungssystem entsprechend den regionalen Erfordernissen sowie der gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen auszugestalten.

Schülerinnen und Schüler

Während die Regelungen für die Einschulung bis etwa 2003 bundesweit einheitlich waren, sind seitdem in mehreren Ländern Neuregelungen in Kraft getreten, die auf eine frühere Einschulung der Kinder abzielen. Diese werden teilweise begleitet von einer flexiblen Eingangsphase im Primarbereich, die es ermöglicht, dass

Abb. 1: Das Bildungssystem in Deutschland



1 Einschl. Bildungsgangübergreifende Klassen, Mittelschulen, Sekundarschulen und Erweiterte Realschulen, Kombinierte Klassen an Sekundarschulen, Regelschulen, Regionale Schulen und Duale Oberschulen.
 2 In Berufsschule und Betrieb (Duales System).

Kinder die ersten beiden Schuljahre je nach Lernfortschritt in einer Spanne von ein bis drei Jahren durchlaufen. Durch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für einen früheren Schuleintritt ist der Anteil der Sechsjährigen, die eine Schule besuchen, von 50 % im Jahr 2000 auf 59 % im Jahr 2006 gestiegen. Dabei gab es zwischen den Ländern 2006 deutliche Unterschiede: Die Spanne reichte von 46 % in Mecklenburg-Vorpommern und 49 % in Sachsen bis zu 66 % in Bremen und Brandenburg und 97 % in Berlin. Insgesamt wurden in Deutschland 2006 rund 793 000 Kinder eingeschult.

Die Einschulungszahlen wirkten sich entsprechend zeitversetzt auf die Schülerzahlen in allen Bildungsbereichen aus. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen sank seit 2000 kontinuierlich. Dieser Rückgang wird sich (laut Prognose der Kultusministerkonferenz) bis 2020 verstärkt fortsetzen, so dass im Jahr 2020 etwa ein Siebtel weniger Schülerinnen und Schüler als im Jahr 2006 erwartet werden. → Tab. 1, Abb. 2

Deutliche Unterschiede gab es in allgemein bildenden Schulen in Ost- und Westdeutschland: In den neuen Ländern sind die Schülerzahlen aufgrund des starken Geburtenrückgangs zu Beginn der 1990er Jahre zwischen 1995 bis 2006 um 43 % zurückgegangen. Ab 2011 rechnet die Kultusministerkonferenz des Bundes und der Länder (KMK) mit einem leichten Wiederanstieg. Im Westen dagegen stiegen die Schülerzahlen in allgemein bildenden Schulen bis 2003 kontinuierlich an. Danach setzte ein leichter Rückgang ein, der sich laut KMK bis 2020 fortsetzen wird. Es wird erwartet, dass im Jahr 2020 im früheren Bundesgebiet annähernd ein Fünftel weniger Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen unterrichtet werden als 2006.

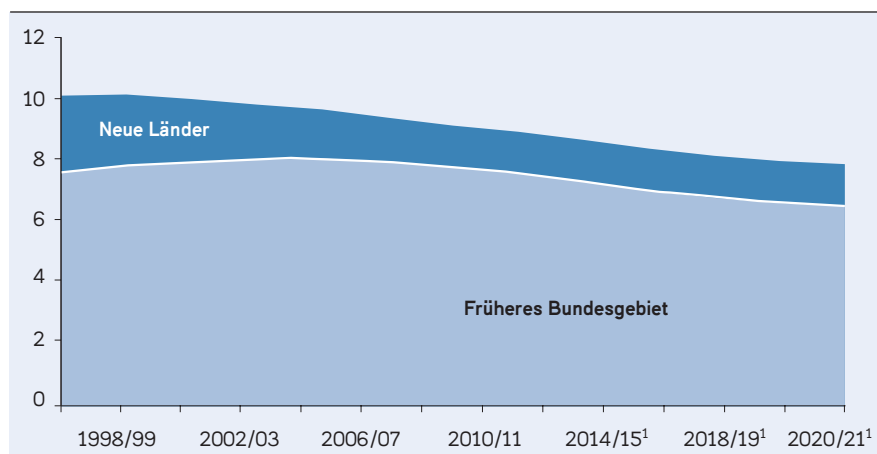
Während die Schüler eines Wohnbezirks in der Regel gemeinsam in der Grundschule unterrichtet werden, richtet sich im Anschluss daran die weitere Schullauf-

Tab. 1: Schüler/-innen in allgemein bildenden Schulen nach Schularten

	1995	2000	2006	2015 ¹	2020 ¹
	in 1000				
Vorklassen und Schulkindergärten	83	64	29	27	27
Grundschulen	3 634	3 353	3 157	2 763	2 725
Weiterführende Schulen zusammen	5 778	6 076	5 701	5 016	4 685
Schulartunabhängige Orientierungsstufe	375	404	100	109	108
Hauptschulen	1 124	1 104	953	763	708
Schulen mit mehreren Bildungsgängen	368	429	312	320	313
Realschulen	1 175	1 263	1 301	1 123	1 036
Gymnasien	2 165	2 257	2 450	2 157	2 003
Integrierte Gesamtschulen	509	549	508	467	446
Freie Waldorfschulen	63	70	78	76	72
Förderschulen	391	420	408	368	353
Abendschulen und Kollegs	44	46	61	62	61
Insgesamt	9 931	9 960	9 356	8 237	7 851

¹ Vorausberechnung: Kultusministerkonferenz des Bundes und der Länder, Dokumentation 182.

Abb. 2: Schüler/-innen in allgemein bildenden Schulen, in Mill.



Neue Länder einschl. Berlin.

¹ Vorausberechnung: Kultusministerkonferenz des Bundes und der Länder, Dokumentation 182.

bahn der Kinder nach den schulischen Leistungen, der Empfehlung der Grundschule sowie dem Wunsch der Eltern. Der größte Anteil der Schülerinnen und Schüler in weiterführenden Schulen besuchte ein Gymnasium, dieser Anteil stieg von 38 % im Jahr 1995 auf 43 % im Jahr 2006. In demselben Zeitraum sank der Anteil der jungen Leute in Hauptschulen von 19 % auf 17 %. Aufgrund der länderspezifischen Bildungspolitik gab es

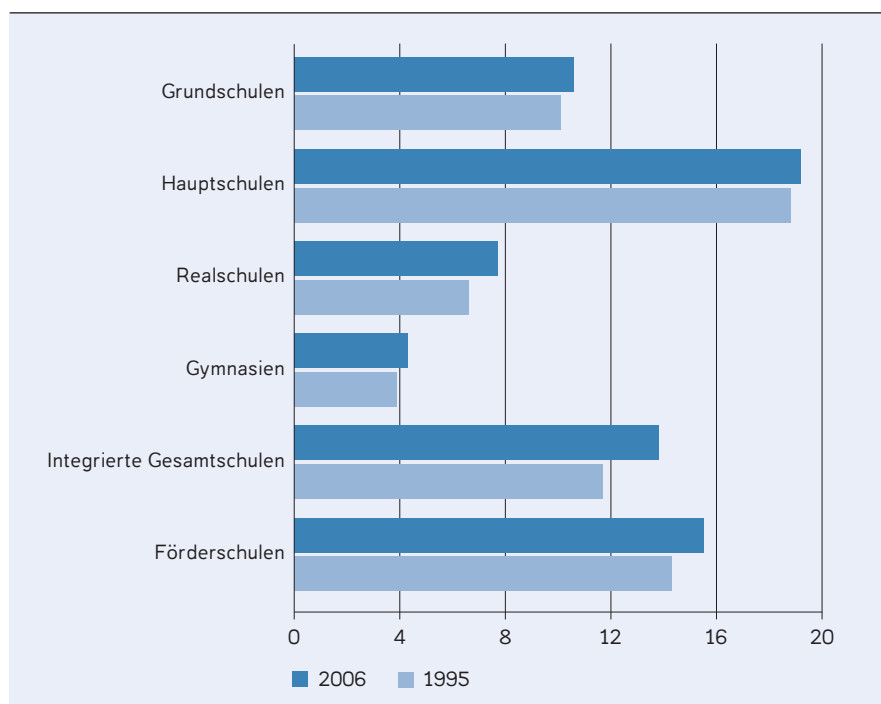
allerdings große Unterschiede in der Struktur der weiterführenden Schulen. Dabei lassen sich drei Gruppen von Ländern unterscheiden: westdeutsche und ostdeutsche Flächenländer sowie die Stadtstaaten. Allen drei Gruppen ist gemeinsam, dass mehr als zwei Fünftel aller Schülerinnen und Schüler dieses Bildungsbereichs Gymnasien besuchten. Die Verteilung auf die übrigen Schularten wich dagegen stark ab.

Tab. 2: Schüler/-innen in beruflichen Schulen nach Schularten

	1995	2000	2006	2015 ¹	2020 ¹
	in 1000				
Teilzeit-Berufsschulen	1 620	1 797	1 669	1 436	1 351
Berufsvorbereitungsjahr	56	73	72	62	58
Berufsgrundbildungsjahr in Vollzeitschulischer Form	38	41	48	38	34
Berufsaufbauschulen	4	1	1	1	1
Berufsfachschulen	317	415	566	455	418
dar. Berufsausbildung	120	204	283	-	-
Fachoberschulen	78	96	130	111	104
Fachgymnasien	87	98	124	108	100
Kollegschulen	82	0	-	-	-
Berufsoberschulen/ Techn. Oberschulen	4	10	19	22	21
Fachschulen und Fachakademien	161	150	152	155	152
Insgesamt	2 446	2 682	2 782	2 388	2 239
Nachrichtlich: Schulen des Gesundheitswesens	115	113	123	-	-

¹ Vorausberechnung: Kultusministerkonferenz des Bundes und der Länder, Dokumentation 182.

Abb. 3: Ausländeranteil in ausgewählten Schularten 1995 und 2006, in %



In den westdeutschen Flächenländern lernten die Jugendlichen im Jahr 2006 außer in Gymnasien vor allem in Realschulen (27%) und Hauptschulen (20%). In

den ostdeutschen Flächenländern besuchten die Schülerinnen und Schüler vor allem Schularten mit mehreren Bildungsgängen (37%). Diese Schularten (mit län-

derspezifisch unterschiedlichen Bezeichnungen) führten zum Hauptschulabschluss oder zum Realschulabschluss. Diese Schulstruktur ist mitgeprägt von der DDR-Vergangenheit mit einer zehnjährigen Pflichtschulzeit. Sie trägt aber auch dazu bei, dass trotz der demografischen Entwicklung – insbesondere in den Flächenländern – ein wohnortnahes Schulangebot erhalten werden kann. In den Stadtstaaten wurden junge Menschen überdurchschnittlich häufig in Integrierten Gesamtschulen (23%) unterrichtet (in dieser Schulart können in der Regel alle allgemein bildenden Schulabschlüsse erworben werden).

Neben den bereits genannten Schularten gibt es die Förderschulen. Diese sind Einrichtungen zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. 2006 besuchten 408 000 Kinder eine Förderschule, rund 4% der insgesamt etwa 9,4 Mill. Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen.

Der überwiegende Teil (47%) dieser Schüler wurde in Klassen mit dem Förderschwerpunkt »Lernen« unterrichtet. Schüler mit sonderpädagogischer Förderung werden zum Teil auch außerhalb von Förderschulen in den übrigen allgemein bildenden Schulen (insbesondere in Grundschulen) pädagogisch gefördert, dies traf im Jahr 2006 für jeden siebten Schüler mit sonderpädagogischer Förderung zu.

In den Grundschulen, in denen in der Regel alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden, waren rund 49% der Schülerinnen und Schüler Jungen. In den weiterführenden Schularten war der Jungenanteil unterschiedlich: Die Spanne reichte im Jahr 2006 von 47% in Gymnasien über 50% in Integrierten Gesamt- und Realschulen sowie 56% in Hauptschulen. In Förderschulen betrug der Anteil der männlichen Schüler 64%.

In den bisherigen PISA-Studien haben in Deutschland Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund besonders schlecht abgeschnitten. Rund jeder zehnte Schüler allgemein bildender Schulen besaß im Jahr 2006 einen ausländischen Pass. Vor zehn Jahren galt dies noch für jeden elften Schüler. In den einzelnen Schularten war der Ausländeranteil sehr unterschiedlich. Die Spanne reichte von 4 % in Gymnasien, über 8 % in Realschulen, 14 % in Integrierten Gesamtschulen, 16 % in Förderschulen bis zu 19 % in Hauptschulen. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch hinsichtlich des Anteils ausländischer Schüler in den einzelnen Bundesländern. Den niedrigsten Anteil hatte Thüringen (1 %), den höchsten Berlin (16 %). → **Abb. 3**

Von den ausländischen Schülerinnen und Schülern hatten 2006 rund vier Fünftel die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes. Unter allen Herkunftsländern waren Schüler aus der Türkei mit 43 %, den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens (11 %) sowie aus Italien (7 %) und Griechenland (4 %) am stärksten vertreten.

Der größte Teil der Jugendlichen beginnt nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schulen eine Berufsausbildung im dualen System von Teilzeit-Berufsschule und Betrieb. Die Berufsschule im dualen System ergänzt die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Teilzeit-Berufsschule zum Teil auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch der dreijährigen Teilzeitschulpflicht unterliegen und keine andere berufliche Schule besuchen (2006: 87 000). Insgesamt wurden 2006 in Deutschland 1,7 Mill. Jugendliche in dieser Schulart unterrichtet.

→ **Tab. 2**

Neben den Berufsausbildungen im dualen System gibt es solche in Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens. Dabei handelt es sich neben den Gesundheits- und Sozialberufen, wie z. B. Ge-

sundheits- und Krankenpfleger/-in und Altenpfleger/-in vor allem um Assistentenberufe, wie kaufmännische/-r Assistent/Wirtschaftsassistent/-in oder Technische/-r Assistent/-in für Informatik. Rund 407 000 Jugendliche befanden sich 2006 in einer derartigen schulischen Ausbildung, das waren 20 % aller Jugendlichen in einer Berufsausbildung. Im Jahr 1995, als der Ausbildungsstellenmarkt noch ausgeglichen war, betrug dieser Anteil 14 %. → **Abb. 4**

In beruflichen Schulen kann auch ein allgemein bildender Abschluss erworben werden, rund 274 000 Jugendliche strebten 2006 mit dem Besuch von Fachoberschulen, Fachgymnasien oder Berufsoberschulen bzw. Technischen Oberschulen die Hochschulzugangsberechtigung an.

Abb. 4: Berufsausbildung nach Institutionen, in %

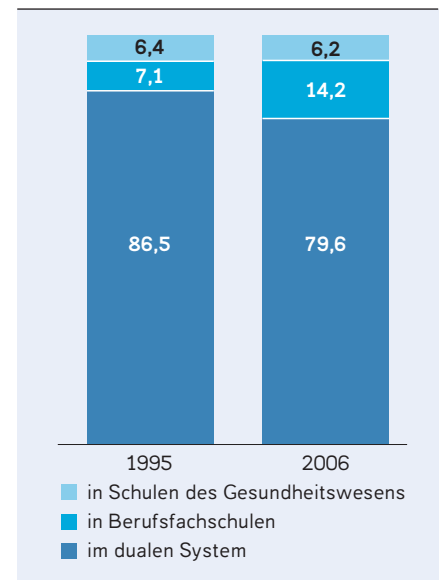
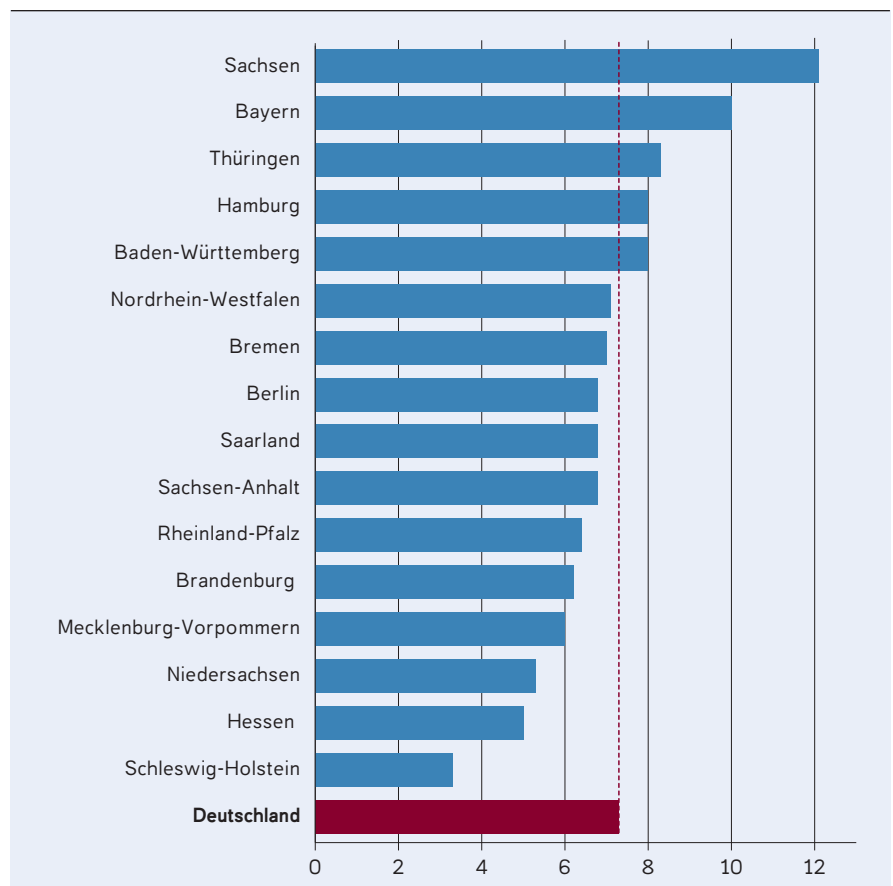


Abb. 5: Anteil der Privatschüler/-innen an Schüler/-innen insgesamt nach Ländern 2006, in %



Schüler in privaten allgemeinbildenden Schulen gemessen an Schülern in privaten und öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens).

Die Fachschulen (einschließlich Fachakademien) werden in der Regel nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. 2006 gab es 152 000 Fachschülerinnen und Fachschüler.

Die übrigen Schüler versuchen, durch den Besuch berufsvorbereitender Schulen (z. B. Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsfachschulen soweit sie nicht berufsausbildend sind) und durch das Erreichen höherer allgemein bildender Schulabschlüsse (z. B. auch in Fachoberschulen oder Fachgymnasien) oder den Erwerb beruflicher Grundkenntnisse ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz im folgenden Jahr zu verbessern.

In den letzten Jahren ist das Interesse an Privatschulen deutlich angestiegen. Die Definition von Privatschulen ist in den jeweiligen Schulgesetzen der Länder festgelegt. In der Regel können Privatschulen von natürlichen sowie juristischen Personen des öffentlichen Rechts (wie z. B. Kirchen) errichtet und betrieben werden. Im Jahr 2006 besuchten rund 892 000 Schülerinnen und Schüler private Schulen, 42 % mehr als im Jahr 1995. Damit wurde 2006 rund jeder 16. Schüler und jede 11. Schülerin in Deutschland in einer Privatschule unterrichtet. In den Ländern war dieser Anteil unterschiedlich hoch: Die Spanne reichte von 3 % in Schleswig-Holstein bis zu 12 % in Sachsen. Die größte Gruppe unter den Privatschülern stellten mit 30 % die Gymnasiasten, gefolgt von Schülern in Berufsfachschulen (14 %), Realschulen (13 %) und Freien Waldorfschulen (9 %). → **Abb. 5**

Allgemein bildende und berufliche Abschlüsse

Nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht von neun oder zehn Jahren bzw. der Absolvierung des Sekundarbereichs II (11. bis 13. Jahrgangsstufe) endet der Besuch der allgemein bildenden Schulen mit ei-

nem oder auch ohne einen allgemein bildenden Abschluss.

Von allen Jugendlichen, die im Jahr 2006 eine allgemein bildende Schule verließen, blieb ungefähr jeder 13. ohne Abschluss. Je ein Viertel der Absolventen erwarb den Hauptschulabschluss oder die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife. Die übrigen (etwa 40 %) erhielten einen Realschulabschluss. In den letzten Jahren hat sich an dieser Struktur wenig geändert. Außerhalb der allgemeinen Schulpflicht besteht die Möglichkeit, Schulabschlüsse in Abendschulen und Kollegs nachzuholen. Im Jahre 2006 nutzten rund 15 000 Erwachsene dieses Bildungsangebot.

Männliche Absolventen bzw. Abgänger allgemein bildender Schulen erreichten im Jahr 2006 ein niedrigeres Abschlussniveau als weibliche: 10 % der jungen Männer gegenüber 6 % der jungen Frauen verließen die Schule ohne Abschluss. Von den männlichen Absolventen erhielten 23 % die Studienberechtigung, bei den Absolventinnen waren es 31 %. Im Jahr 1995 waren die Unterschiede ähnlich groß.

Im Zuge der Bildungsreform in den 1970er Jahren wurde zudem die Möglichkeit geschaffen, auch in beruflichen Schulen allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben. Mehr als die Hälfte der Abgänger ohne Hauptschulabschluss holte diesen in beruflichen Schulen nach. Neben den rund 258 000 Absolventen mit Studienberechtigung aus allgemein bildenden Schulen (Fachhochschul- bzw. Hochschulreife) erreichten im Jahr 2006 noch 157 000 Jugendliche diesen Abschluss in beruflichen Schulen.

Außerdem schlossen 2006 rund 134 000 Jugendliche ihre rein schulische Berufsausbildung erfolgreich ab. Die Ausbildung im dualen System wird mit einer Prüfung vor der zuständigen Stelle (meist Kammern) abgeschlossen.

Entsprechend den von ihnen hauptsächlich besuchten Schularten erreichen aus-

ländische Jugendliche ein deutlich niedrigeres Abschlussniveau als ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler: Von den ausländischen Absolventen bzw. Abgängern verließen 17 % die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss gegenüber 7 % der deutschen. 11 % der ausländischen Jugendlichen erwarben die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife, bei den deutschen waren es immerhin 28 %. Gegenüber den Vorjahren haben sich damit die Abschlüsse der Ausländer ein wenig denjenigen der Deutschen angenähert.

Lehrkräfte

2006 unterrichteten in Deutschland 668 000 hauptberufliche Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen und 124 000 an beruflichen Schulen. Zwei Fünftel der Lehrerinnen und Lehrer waren teilzeitbeschäftigt. Dieser Anteil lag 1995 noch bei 31 %. Die Altersstruktur der Lehrkräfte an allgemein bildenden und beruflichen Schulen ist unausgeglichen. Seit Mitte der 1990er Jahre ist das Durchschnittsalter von 45,9 Jahren auf 48,1 Jahre gestiegen. Rund die Hälfte der Lehrkräfte war älter als 50 Jahre, allerdings auch jede achte Lehrkraft jünger als 35 Jahre.

Von den Lehrkräften im Jahr 2006 waren rund ein Drittel Männer, 1995 lag ihr Anteil bei rund 40 %. Der Männeranteil war 2006 in Grundschulen mit 13 % am niedrigsten. Er wuchs mit ansteigendem Bildungsziel der Schularten, in Gymnasien betrug er im Jahr 2006 rund 47 %.

Ausgaben je Schüler/-in

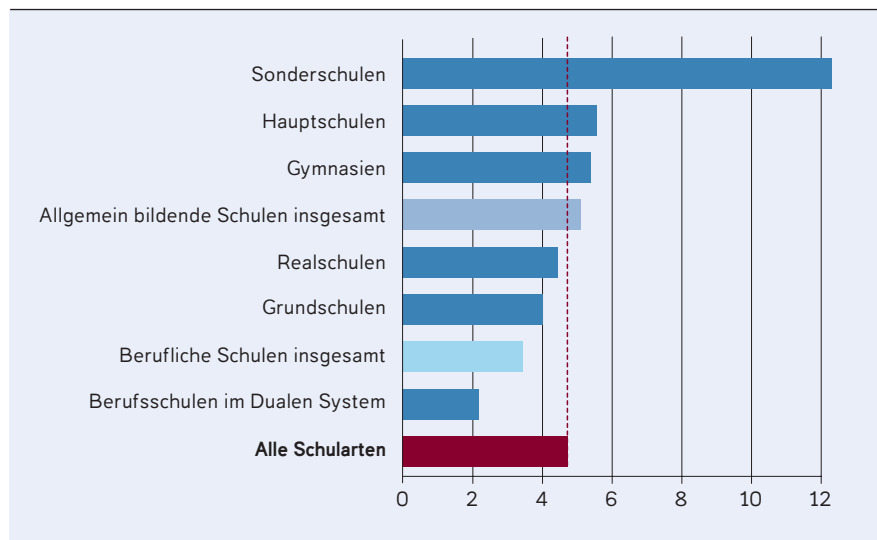
Die Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen sind ein Maß dafür, wie viele Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben ergeben sich aus der Addition von Personalausgaben (einschließlich Zuschläge für Beihilfen und Versorgung), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben.

Die öffentlichen Haushalte gaben 2005 bundesweit durchschnittlich 4 700 Euro

für die Ausbildung einer Schülerin bzw. eines Schülers an öffentlichen Schulen aus. Die Ausgaben je Schüler schwankten stark nach Schularten. So waren die allgemein bildenden Schulen mit 5 100 Euro teurer als die beruflichen Schulen (3 500).

Innerhalb der allgemein bildenden Schulen lagen Grundschulen (4 000 Euro) und Realschulen (4 500 Euro) unter dem Durchschnitt, Sonderschulen mit 12 300 Euro weit darüber. Für die hohen Pro-Kopf-Ausgaben der Sonderschulen ist unter anderem das günstige Betreuungsverhältnis Schüler je Lehrer ausschlaggebend. Die niedrigeren Aufwendungen von 2 200 Euro je Schüler bei den Berufsschulen im Dualen System sind auf den Teilzeitunterricht zurückzuführen. → **Abb. 6**

Abb. 6: Ausgaben je Schüler/-in nach Schularten 2005, in 1 000 EUR



Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler

Im Jahr 2006 wurde durchschnittlich 199 000 Schülerinnen und Schülern eine Ausbildungsförderung gewährt. Davon besuchten rund 116 000 eine Berufsfachschule (einschließlich aller Formen der beruflichen Grundbildung) und knapp 24 000 eine Fachschule. Knapp zwei Drittel aller Schüler und Schülerinnen, die »Schüler-BAföG« erhielten, bekamen eine Vollförderung, also den Förderungshöchstbetrag. Ein gutes Drittel erhielt eine Teilförderung. Insgesamt wurden 717 Mill. Euro für die Schülerförderung aufgewendet. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler bzw. eine geförderte Schülerin 301 Euro pro Monat. Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2006 um 22 % höher als 2002. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Finanzaufwand um 21 %. **i** → **Tab. 3**

3.1.2 Betriebliche Berufsausbildung

Jugendliche im dualen System besuchen einerseits die Berufsschule, werden andererseits aufgrund der mit den ausbildenden Stellen bzw. Betrieben abgeschlossenen Ausbildungsverträge praktisch am Arbeitsplatz ausgebildet. Für die Unter-

»Schüler-BAföG«

Die Ausbildungsförderung soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen Zugang zu einer Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung erhalten.

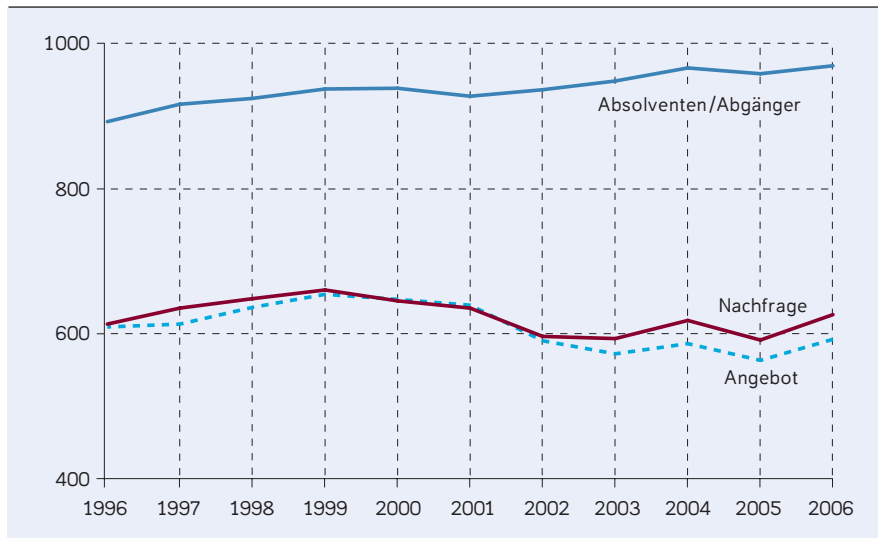
Derzeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse zehn und von

Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur an auswärts (nicht bei den Eltern) untergebrachte Schüler und Schülerinnen geleistet. »Schüler-BAföG« gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen oder Fach- und Fachoberschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Außerdem werden Schüler und Schülerinnen in Berufsfachschul- und Fachschulklassen gefördert, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem mindestens zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluss (z. B. als staatlich geprüfte/r Techniker/-in) vermitteln. **i**

Tab. 3: Ausbildungsförderung für Schüler/-innen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

	Geförderte (durchschnittlicher Monatsbestand)	Finanzieller Aufwand	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person
	in 1000	Mill. EUR	EUR je Monat
2002	163	592	302
2003	179	651	303
2004	192	698	303
2005	199	726	304
2006	199	717	301

Abb. 7: Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen sowie Absolventen und Abgänger aus allgemein bildenden Schulen, in 1000



Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berufsbildungsbericht 2007.

nehmen dient die Ausbildung von Jugendlichen auch der Sicherstellung des eigenen Fachkräftenachwuchses. In Zeiten konjunktureller Schwierigkeiten, verbunden mit einem Abbau der Beschäftigtenzahlen, tritt dieses Ziel jedoch in den Hintergrund und die Ausbildungsbereitschaft geht zurück.

Seit 2003 ist das Angebot an Ausbildungsplätzen deutlich niedriger als die Nachfrage. Der sinkende Bedarf an Ar-

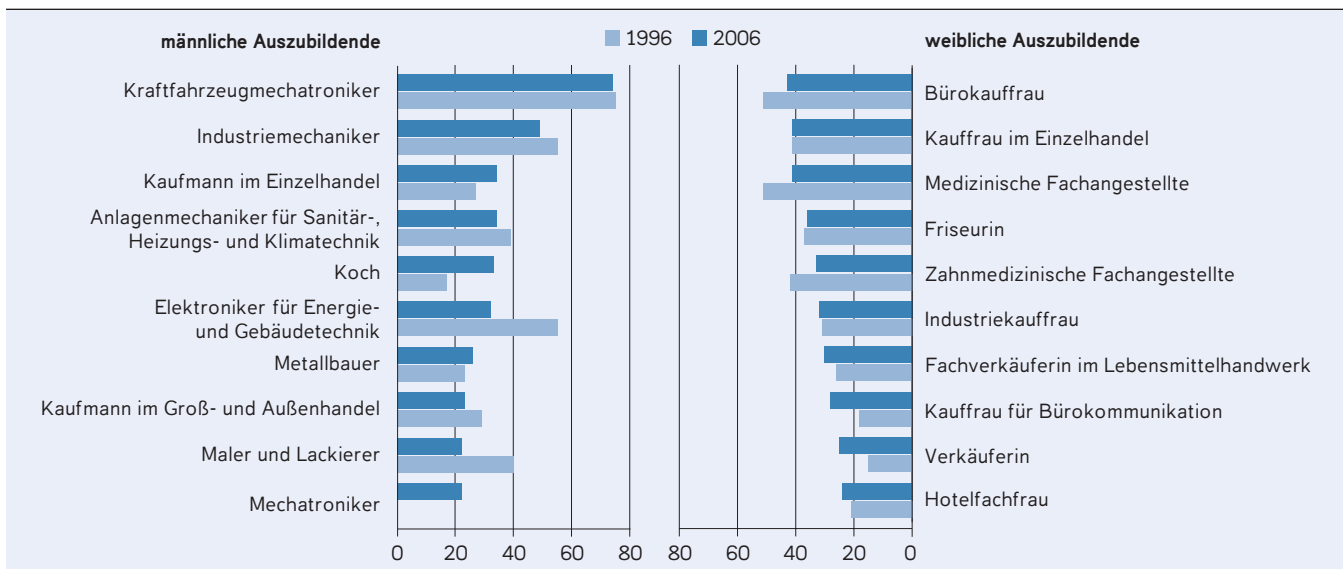
beitskräften fiel zusammen mit steigenden Absolventenzahlen aus allgemein bildenden Schulen. Mit rund zwei Fünfteln betraf der Nachfrageüberhang überproportional stark die neuen Länder (hier wurden 2006 rund ein Fünftel der neuen Ausbildungsverträge abgeschlossen), obwohl hier rund jeder dritte Ausbildungsplatz staatlich gefördert wird. Auch unterhalb der Länderebene bestehen große regionale Unterschiede. Damit ist es für die jungen Leute je nach Wohnort un-

terschiedlich schwer, ihren Wunschberuf zu erlernen.

Die Berufswahlmöglichkeiten sind unter diesen Bedingungen für die Bewerberinnen und Bewerber deutlich eingeschränkt. Die Chancen der Jugendlichen hängen neben der regionalen Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung auch von individuellen Qualifikationen, unter anderem auch von den erreichten Schulabschlüssen, ab.

Von den 581 000 Jugendlichen, die 2006 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaß annähernd jeder sechste (16 %) die Hochschul- oder Fachhochschulreife, mehr als ein Drittel (36 %) verfügte über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, 33 % blieben mit ihrem erreichten Abschluss darunter. Ungefähr jeder siebte Ausbildungsanfänger (15 %) hatte vor Abschluss eines Ausbildungsvertrages eine berufliche Schule (Berufsfachschule, schulisches Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsvorbereitungsjahr) besucht, sei es um seine Chancen auf einen Ausbildungsplatz durch einen höherwertigen Schulabschluss zu verbessern oder um die Zeit bis zur nächsten Bewerberrunde im folgenden Jahr zu überbrücken. → Abb. 7

Abb. 8: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Berufen, in 1000



Tab. 4: Neu abgeschlossene, vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge und bestandene Abschlussprüfungen

	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	Bestandene Abschlussprüfungen
	in 1 000		
1996	579	130	488
1997	598	127	483
1998	612	135	487
1999	636	145	491
2000	623	156	503
2001	610	156	514
2002	568	151	513
2003	564	133	504
2004	572	127	493
2005	559	118	478
2006	581	119	480

Die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe ließ deutliche Schwerpunkte erkennen: 2006 konzentrierten sich 37 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 53 % der Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf jeweils zehn von insgesamt rund 340 anerkannten Ausbildungsberufen. Allerdings finden viele Jugendliche im Beruf ihrer Wahl keinen Ausbildungsplatz und müssen deshalb auf andere Ausbildungsgänge ausweichen oder Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen.

Die Berufswahl erfolgte auch 2006 noch weitgehend geschlechtsspezifisch. Bei den jungen Männern rangierte der Beruf des Kraftfahrzeugmechatikers in der Beliebtheitsskala eindeutig an erster Stelle: Jeder 13. männliche Auszubildende ergriff ihn 2006. Ein großer Teil der Frauen entschied sich für die Berufe Bürokauffrau, Kauffrau im Einzelhandel oder medizinische Fachangestellte (jeweils jede 15.). In den Ausbildungsgängen der neuen IT-Berufe waren Frauen mit einem Anteil von nur 9 % weiterhin unterrepräsentiert. Dagegen scheinen die neuen Medienberufe für sie besonders interessant zu sein, hier betrug ihr Anteil 49 %. Insgesamt lag der Anteil der jungen Frauen im dualen System bei 40 %. Dieser Anteil war in den letzten zehn Jahren weitgehend konstant. Frauen erlernen neben den Berufen im dualen System häufig

auch Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen, wie z. B. Gesundheits- und Krankenpflegerin oder Altenpflegerin, deren Ausbildung meistens schulisch erfolgt.

→ Abb. 8

Von den 1,57 Mill. Jugendlichen, die sich 2006 in einer Berufsausbildung im dualen System befanden, waren rund 66 000 Ausländer. Ihr Anteil an den Auszubildenden ist seit Mitte der 1990er Jahre parallel zur Verschlechterung auf dem Ausbildungsstellenmarkt von 8 % auf 4 % gesunken (der tiefste Anteilswert seit 1988). Im Vergleich zum Ausländeranteil an den Absolventen allgemein bildender Schulen (2006: 9 %) waren Ausländer im dualen System unterrepräsentiert.

Von den ausländischen Auszubildenden besaßen im Jahr 2006 rund 38 % einen türkischen Pass, 12 % die italienische, 10 % die Staatsangehörigkeit eines der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens und 4 % die griechische Staatsangehörigkeit.

2006 haben 581 000 Jugendliche ihre Ausbildung im dualen System begonnen. Im gleichen Jahr haben 480 000 Jugendliche ihre Ausbildung erfolgreich mit einer bestandenen Abschlussprüfung beendet. Davon waren 23 000 externe Prüfungsteilnehmer (5 % aller erfolgreichen Prüfungsteilnehmer). Als »Externe«

können auch Personen ohne Ausbildungsvertrag zu den Abschlussprüfungen zugelassen werden, wenn sie die entsprechenden Kenntnisse und Fertigkeiten durch mehrjährige Tätigkeiten in dem jeweiligen Ausbildungsberuf erworben haben.

Nicht alle Ausbildungsanfänger erreichen die Abschlussprüfung, knapp ein Fünftel löst den Ausbildungsvertrag vor Erreichen der Abschlussprüfung auf. Ein großer Teil dieser Jugendlichen beginnt allerdings anschließend erneut eine Ausbildung im dualen System. Bei den Abschlussprüfungen fielen rund 5 % der Teilnehmer endgültig durch. Damit haben in der Vergangenheit etwa drei Viertel der Ausbildungsanfänger ihre Ausbildung erfolgreich beendet. → Tab. 4

3.1.3 Hochschulen

Der Hochschulbereich ist der Teil des Bildungssystems, in dem eine akademische Ausbildung vermittelt wird. Die Hochschulen sind von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Stellung Deutschlands im internationalen Wettbewerb, da sie wissenschaftlichen Nachwuchs qualifizieren und mit ihren Forschungsergebnissen die Grundlagen für Innovationen schaffen. Im Wintersemester 2007/2008 gab es in Deutschland insgesamt 391 staatlich anerkannte Hochschulen, darunter 176 Universitäten (einschließlich Theologische und Pädagogische Hochschulen sowie Kunsthochschulen) und 215 Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen).

Studierende, Studienanfänger und -anfängerinnen

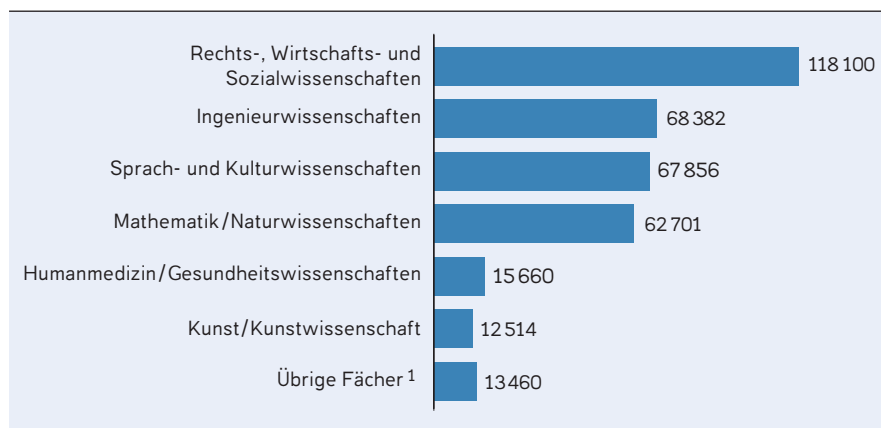
Seit Mitte der 1960er Jahre, als die Hochschulen angesichts eines im internationalen Vergleich drohenden Bildungsrückstands der deutschen Bevölkerung breiteren Schichten geöffnet wurden, sind die Studierendenzahlen in Deutschland drei Jahrzehnte lang kontinuierlich angestiegen. Sie erreichten 1994 einen zwischen-

Tab. 5: Studierende und Studienanfänger/-innen

	Studierende					
	Insgesamt		Universitäten		Fachhochschulen	
	Studierende	1. HS	Studierende	1. HS	Studierende	1. HS
	in 1 000					
1996	1838	267	1398	187	440	81
1997	1824	267	1387	186	437	81
1998	1801	272	1365	187	436	86
1999	1774	291	1331	200	443	92
2000	1799	315	1341	216	458	99
2001	1869	345	1382	237	486	108
2002	1939	359	1423	244	517	115
2003	2020	378	1468	256	552	122
2004	1964	359	1403	240	560	119
2005	1986	356	1418	238	568	118
2006	1979	345	1409	228	571	117
2007 ¹	1932	359	1361	232	571	126

Studierende im Wintersemester, Studienanfänger/-innen im 1. Hochschulsesemester (1. HS) im Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester).

¹ Vorläufige Ergebnisse.

Abb. 9: Studienanfänger/-innen (1. Hochschulsesemester) nach Fächergruppen 2007

¹ Sport; Veterinärmedizin; Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften; sonstige Fächer.

zeitlichen Höchststand. In den nachfolgenden Jahren ging die Zahl der Einschriebenen stetig zurück, bevor im Jahr 2000 eine erneute Trendwende einsetzte und die Studierendenzahlen im Wintersemester 2003/2004 mit mehr als zwei Millionen einen neuen Rekordwert erreichten. Mit 1,93 Millionen fiel die Zahl der Studierenden im Wintersemester 2007/2008 um ca. 87 000 Studierende geringer aus als im Rekordjahr.

Die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger stieg bis zum Studienjahr 2003 kontinuierlich an und ging in den

Studienjahren 2004 bis 2006 zunächst zurück. Insgesamt schrieben sich im Studienjahr 2007 rund 359 000 Studienanfänger an deutschen Hochschulen ein. Das waren 19 000 Erstmatrikulierte weniger als im Rekordjahr 2003, aber 14 000 mehr als im Vorjahr. → **Tab. 5**

Die Wahl eines Studienfaches wird von unterschiedlichen Faktoren, z. B. von den persönlichen Interessen der Studienanfänger und -anfängerinnen, vom Studienangebot der Hochschulen oder von Zulassungsbeschränkungen (z. B. Numerusclausus-Regelungen und hochschulinterne

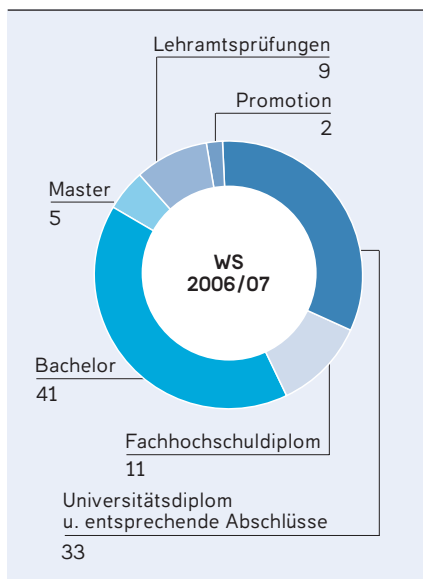
Zulassungsverfahren) beeinflusst. Eine wichtige Rolle bei der Wahl des Studiengangs spielen auch die zum Zeitpunkt der Einschreibung wahrgenommenen und zukünftig erwarteten Chancen, die ein Studienabschluss auf dem Arbeitsmarkt bietet. In den vergangenen zehn Jahren zeigten sich bei der Fächerwahl deutliche Interessenverschiebungen. Die meisten Erstsemester (33 %) schrieben sich 2007 in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein. Diese Fächergruppe hat seit 1997 etwas an Bedeutung verloren (3 Prozentpunkte). Auch das Gewicht der Sprach- und Kulturwissenschaften (19 %) ist innerhalb der vergangenen zehn Jahre leicht gesunken. Der Anteil der Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften betrug im Jahr 2007 19 % und erreichte damit einen leichten Anstieg um zwei Prozentpunkte. Auf die Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften entfiel 2007 ein Anteil der Studienanfänger von 17 %. Er erhöhte sich in den letzten zehn Jahren sogar um drei Prozentpunkte.

Im Jahr 2007 war die Hälfte (50 %) derjenigen, die ein Studium aufnahmen, Frauen. Die Frauenanteile variierten allerdings je nach fachlicher Ausrichtung des Studiums. In den Fächergruppen Veterinärmedizin (82 %), Sprach- und Kulturwissenschaften (74 %), Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (67 %) sowie Kunst/Kunstwissenschaft (64 %) waren die Studienanfängerinnen deutlich in der Mehrheit. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stellte sich das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von 53 % nahezu ausgeglichen dar. In der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften (22 %) waren Studienanfängerinnen hingegen deutlich unterrepräsentiert. → **Abb. 9**

Die Umstellung des Studienangebots im Zuge des Bologna-Prozesses zeichnet sich zunächst in den Studienanfängerzahlen ab, setzt sich bei den Studierenden fort und wirkt sich zeitverzögert auf die Absolventenzahlen aus. Während im Win-

tersemester 2006/2007 rund 46 % der Studienanfänger (im ersten Fachsemester) ein Bachelor- oder Masterstudium begannen, waren nur 19 % der Studierenden in Bachelor- oder Masterstudiengängen eingeschrieben. Noch geringer war die Bedeutung von Bachelor- und Masterabschlüssen. Lediglich 10 % der Absolventen legten einen Bachelor- oder Masterabschluss erfolgreich ab. Aller-

Abb. 10: Studienanfänger/-innen (1. Fachsemester) nach angestrebtem Abschluss, in %



Der Bologna-Prozess

Im Juni 1999 unterzeichneten die Wissenschaftsminister und -ministerinnen aus 29 europäischen Ländern die so genannte »Bologna-Erklärung« zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Als wichtigstes Ziel dieses Reformprozesses gilt die Einführung des zweistufigen Studiensystems mit den neuen Abschlüssen Bachelor und Master, die die herkömmlichen Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen bis 2010 (bis auf wenige Ausnahmen) ablösen sollen. Durch die internationale Vereinheitlichung der Studienabschlüsse sollen Studierende und Absolventen innerhalb Europas mobiler und die Attraktivität der Hochschulen über die europäischen Grenzen hinaus gesteigert werden.

dings hat die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen seit 1999 erhebliche Fortschritte gemacht. Im Jahr 1999 betrug der Anteil von Bachelor und Master bei Studienanfängern lediglich 1 %. Studierende und Absolventen in Bachelor- und Masterstudiengängen waren zu Beginn der Bologna-Reform nicht nachzuweisen. **Abb. 10**

Hochschulabsolventinnen und Absolventen

Die Zahl der bestandenen Prüfungen an Hochschulen ist zwischen 1996 und 2002 von 237 000 um 12 % auf 209 000 gesunken. In den Folgejahren stieg die Zahl der Absolventen und erreichte 2006 mit 266 000 den aktuellen Höchststand. Mehr als die Hälfte der im Jahr 2006 bestandenen Hochschulabschlüsse wurden von Frauen erworben.

Von den Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2006 erwarben 40 % (106 000) ein Universitätsdiplom oder einen gleichwertigen Abschluss, gefolgt von 31 % (82 000) Fachhochschuldiplomanden. Rund 24 000 (9 %) erlangten einen Dokortitel und weitere 10 % (26 000) legten eine Lehramtsprüfung ab. Die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master werden seit dem Prüfungsjahr 2000 statistisch erfasst. Rund 15 000 Absolventen erwarben 2006 ei-

nen Bachelor- und 11 000 einen Masterabschluss. **Tab. 6**

Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die 2006 ihr Erststudium erfolgreich abgeschlossen haben, waren durchschnittlich 28 Jahre alt. Die Studiendauer ist abhängig von der Art des erworbenen akademischen Grades. Die Hälfte der Erstabsolventen, die ein Universitätsdiplom oder einen entsprechenden Abschluss erwarben, schloss ihr Studium im Prüfungsjahr 2006 in etwas mehr als elf Semestern ab. Angehende Lehrerinnen und Lehrer brauchten im Mittel neun Semester bis zum ersten Staatsexamen. Die mittlere Fachstudiendauer der Erstabsolventen, die ein Fachhochschuldiplom erwarben, lag bei rund neun Semestern; bei Bachelorabsolventen, deren Abschluss in der Wertigkeit dem »klassischen« Fachhochschuldiplom entspricht, war diese mit sechs Semestern deutlich kürzer.

Das Masterstudium baut in der Regel auf ein vorangegangenes Studium (in der Regel auf das Bachelorstudium) auf, gilt aber als eigenständiger Studiengang. Masterstudierende werden deshalb zu Beginn der Masterphase wieder in das erste Fachsemester eingestuft. Die mittlere Studiendauer bei Masterabsolventen ist daher mit vier Semestern deutlich kürzer als in den herkömmlichen Studiengängen.

Tab. 6: Bestandene Prüfungen an Hochschulen

	Insgesamt	Darunter					
		Diplom (U) ¹	Promotionen	Lehramtsprüfungen	Fachhochschulabschluss	Bachelorabschluss	Masterabschluss
		in 1000					
1996	237	111	23	28	75	-	-
1997	237	109	24	28	76	-	-
1998	228	103	25	28	71	-	-
1999	222	99	25	28	70	-	-
2000	214	95	26	27	66	-	-
2001	208	91	25	25	66	0	1
2002	209	92	24	24	66	1	2
2003	218	95	23	22	72	2	3
2004	231	98	23	23	76	6	6
2005	252	102	26	24	81	10	9
2006	266	106	24	26	82	15	11

¹ Und entsprechende Abschlussprüfungen.

Tab. 7: Hochschulpersonal

	Insgesamt	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal		Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal
		Zusammen	darunter: Professoren/ Professorinnen	
	in 1000			
1996	482	215	38	268
1997	481	214	38	267
1998	484	216	38	267
1999	489	219	38	270
2000	489	219	38	269
2001	494	225	38	269
2002	501	232	38	270
2003	505	237	38	268
2004	499	236	38	263
2005	497	240	38	257
2006	504	249	38	255

Ohne Studentische Hilfskräfte.

Personelle und finanzielle Ressourcen

Ende 2006 war mehr als eine halbe Million Menschen (504 000) an deutschen Hochschulen beschäftigt, von ihnen zählten 249 000 (49 %) zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. Zu beachten ist, dass das Hochschulpersonal nicht nur lehrt, sondern in einem beträchtlichen Umfang Aufgaben in den Bereichen Krankenbehandlung (Universitätskliniken) sowie Forschung und Entwicklung wahrnimmt. Etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten war in der Hochschulverwaltung oder in technischen und sonstigen Bereichen tätig. 68 % des wissenschaftlichen Personals waren hauptberuflich beschäftigt. Das hauptberufliche wissenschaftliche Personal setzt sich zusammen aus Professoren und Professorinnen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, Dozenten und Assistenten sowie Lehrkräften für besondere Aufgaben. Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Gastprofessoren gehören zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. → **Tab. 7**

Im Vergleich zu 1996 hat die Zahl der Beschäftigten an den Hochschulen in Deutschland um insgesamt 4 % zugenommen. Das wissenschaftliche und künst-

lerische Personal wuchs in den vergangenen zehn Jahren um insgesamt 16 % (34 300). In der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals waren deutliche Zuwächse in der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter (+23 %) zu verzeichnen, während sich die Professorenzahl seit 1996 kaum erhöht hat. Die Zunahme des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals war allerdings ausschließlich auf die steigende Zahl des teilzeitbeschäftigten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals zurückzuführen (+38 %). Die Zahl der Vollbeschäftigten ging dagegen um fast 2 % zurück. Der Zuwachs in der Gruppe des nebenberuflichen wissenschaftlichen Personals (+32 %) war vor allem auf die wachsende Zahl der Lehrbeauftragten zurückzuführen, die seit 1996 um fast die Hälfte (+44 %) zugenommen hat. Die Zahl des Verwaltungspersonals ging dagegen um 5 % auf 255 000 zurück.

Die Hochschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft in Deutschland gaben im Jahr 2005 für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung insgesamt 31 Mrd. Euro aus. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal, für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen.

Die Ausgaben der Hochschulen werden im besonderen Maße durch die Fächerstruktur bestimmt. 46 % der Ausgaben entfielen auf die medizinischen Einrichtungen. Der Anteil der eingeschriebenen Studierenden in Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften lag im Wintersemester 2005/2006 aber nur bei knapp 6 %. Demgegenüber waren in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Sprach- und Kulturwissenschaften zusammen im Jahr 2005 weit über die Hälfte (52 %) aller Studierenden eingeschrieben. Allerdings betrug ihr Anteil an den gesamten Ausgaben im Hochschulbereich lediglich gut 9 %.

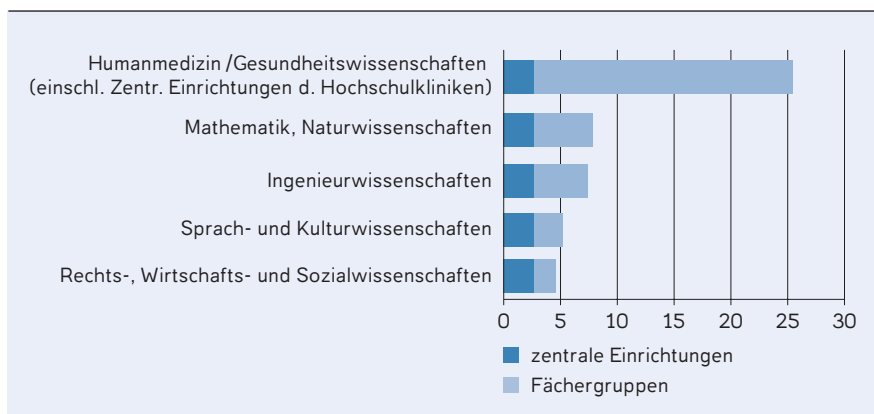
Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt einerseits durch die Finanzausstattung, die die Hochschulen von Seiten des Trägers erhalten (so genannte Grundmittel), andererseits durch Verwaltungseinnahmen sowie durch Drittmittel, die primär für Forschungszwecke eingeworben werden. Bei den laufenden Grundmitteln für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Einrichtungsträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Im Jahr 2005 betrugen die laufenden Grundmittel an deutschen Hochschulen durchschnittlich 7 200 Euro je Studierenden.

Bei Betrachtung der laufenden Zuschüsse nach Fächergruppen differierten die Angaben im Jahr 2005 von 4 500 Euro je Studierenden der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bis zu 25 500 Euro je Studierenden der Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften. → **Abb. 11**

Frauen auf der akademischen Karriereleiter

Die Verwirklichung von Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wissenschaft und Forschung ist ein wichtiges Thema in der deutschen Bildungspolitik. Auf den ersten Blick scheinen die Barrieren für den Zugang junger Frauen zur akademischen Ausbildung abgebaut: Fast die Hälfte der Studierenden im ersten Hochschulsemester (49 %) und etwas über

Abb. 11: Laufende Grundmittel je Studierenden nach Fächergruppen 2005, in 1 000 EUR



die Hälfte der Hochschulabsolventen im Jahr 2006 war weiblich. Auch der Frauenanteil auf weiterführenden Qualifikationsstufen ist in den vergangenen Jahren gestiegen, allerdings nimmt er mit steigendem Qualifikationsniveau und Status der einzelnen Positionen auf der akademischen Karriereleiter kontinuierlich ab. Während im Jahr 2006 immerhin bereits 41 % der Dokortitel von Frauen erworben wurden, lag die Frauenquote bei den Habilitationen erst bei 22 %.

51 % der im Jahr 2006 an deutschen Hochschulen Beschäftigten waren weiblich (259 000), was in etwa dem Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. In beruflichen Positionen im Bereich Forschung und Lehre sind Frauen allerdings

immer noch unterrepräsentiert: Ihr Anteil lag in der Gruppe des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals bei 32 % und in der Gruppe der hauptberuflich Beschäftigten bei 31 %. Unter der Professorenschaft ist der Frauenanteil in den vergangenen zehn Jahren angestiegen und erreichte 2006 mit 15 % einen Höchstwert, am niedrigsten war er mit 10 % in der höchsten Besoldungsstufe der Professoren (C4).

➔ Tab. 8

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass sich selbst ein starker Anstieg des Frauenanteils bei den Hochschulabsolventen zunächst nicht direkt auf den Anteil bei den Habilitationen oder Professuren auswirkt, da der Erwerb von akademischen Abschlüssen sehr zeit-

intensiv ist. So liegen zwischen dem Zeitpunkt der Ersteinschreibung und der Erstberufung zum Professor in Deutschland etwa 20 Jahre. Mit den steigenden Frauenanteilen bei Jungakademikern und dem zunehmenden Ersatzbedarf an Hochschullehrern dürften sich die Karrierechancen von Frauen an deutschen Hochschulen weiter erhöhen. Aufgrund des Facharbeitskräftemangels im Bereich Natur- und Ingenieurwissenschaften ist absehbar, dass sich die Nachfrage nach promovierten und habilitierten Akademikern bis 2015 und darüber hinaus stärker auf diese Fächergruppen konzentrieren wird, die bislang die niedrigsten Frauenanteile in der Gruppe des wissenschaftlichen Nachwuchses aufweisen.

Ausländische Studierende

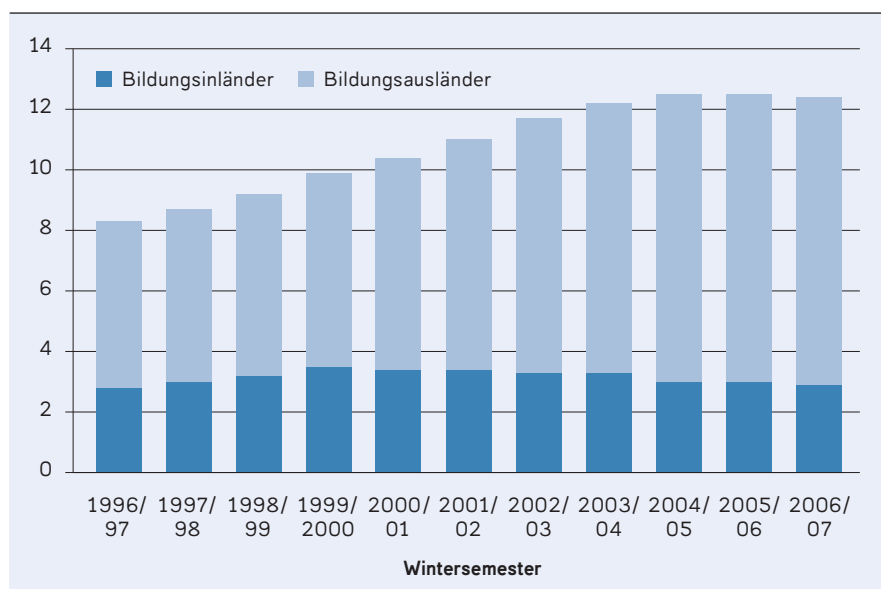
Im Wintersemester 2006/2007 waren an deutschen Hochschulen 246 000 Studierende mit ausländischer Nationalität immatrikuliert. Der Ausländeranteil an der Gesamtzahl der Studierenden hat sich seit dem Wintersemester 1996/1997 von 8 % auf 12 % erhöht. ➔ Abb. 12

Von den insgesamt 246 000 Studierenden mit ausländischer Nationalität waren knapp ein Viertel (58 000) Bildungsinländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im deutschen Bildungssystem erworben haben. Hier handelt es sich meist um Kinder von Zuwanderern, die teil-

Tab. 8: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn

	Studienanfänger	Studierende	Absolventen	Promotionen	Hochschulpersonal insgesamt	Hauptberufl. wissenschaftl. u. künstlerisches Personal	Professoren	C4-Professoren
	in %							
1996	47,9	42,6	40,7	31,1	49,2	23,0	8,5	5,1
1997	48,6	43,6	41,3	32,1	50,2	23,5	9,0	5,5
1998	48,5	44,5	42,2	33,1	50,4	24,2	9,5	5,9
1999	49,3	45,3	43,5	33,4	50,5	24,8	9,8	6,3
2000	49,2	46,1	44,8	34,3	50,8	25,6	10,5	7,1
2001	49,4	46,7	46,0	35,3	51,2	27,0	11,2	7,7
2002	50,6	47,4	47,0	36,4	51,2	27,7	11,9	8,0
2003	48,2	47,4	48,4	37,9	51,3	28,6	12,8	8,6
2004	48,8	47,7	48,7	39,0	51,2	29,2	13,6	9,2
2005	48,8	47,8	49,5	39,6	51,2	30,2	14,3	9,7
2006	49,4	47,8	50,5	40,9	51,3	31,4	15,2	9,9

Abb. 12: Anteil ausländischer Studierender an den Studierenden insgesamt, in %



weise bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben und die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes behalten haben, sowie Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende. Die mit Abstand größte Gruppe unter den Bildungsinländern bildeten Studierende mit türkischer Staatsangehörigkeit (15 000) gefolgt von Studierenden kroatischer (4 000) und griechischer Herkunft (3 000).

An der Gesamtzahl der Studierenden hatten die Studierenden ausländischer Nationalität (Bildungsinländer) nur einen Anteil von weniger als 3 %, obwohl der Ausländeranteil in Deutschland bei insgesamt 10 % lag. Darüber hinaus entfiel ein Bevölkerungsanteil von 17 % auf Deutsche mit Migrationshintergrund. Deutsche Studierende mit Migrationshintergrund können allerdings in der Studie-

rendenstatistik nicht gesondert nachgewiesen werden. → **Abb. 13**

Bei den Bildungsausländern handelt es sich um die Gruppe der ausländischen Studierenden, die grenzüberschreitend mobil sind und ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erworben haben. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen zehn Jahren von 100 000 auf 188 000 fast verdoppelt. Der Anteil der Bildungsausländer an der Gesamtzahl der Studierenden ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich von 5 % auf 10 % gewachsen und damit wesentlich stärker gestiegen als der Anteil der Bildungsinländer. Die meisten ausländischen Nachwuchsakademiker kamen im Wintersemester 2006/2007 aus China (26 000) gefolgt von Bulgarien und Polen mit jeweils rund 12 000 Studierenden. → **Abb. 14**

Auch für deutsche Studierende ist ein Studium im Ausland attraktiv. Im Jahr 2005 waren etwa 75 800 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben. Die drei beliebtesten Zielländer waren 2005 die Niederlande mit 16 % aller deutschen Studierenden im Ausland, das Vereinigte Königreich mit 15 % und Österreich mit 13 %. Es folgten die Ver-

Abb. 13: Herkunftsländer ausländischer Studierender (Bildungsinländer) im Wintersemester 2006/2007

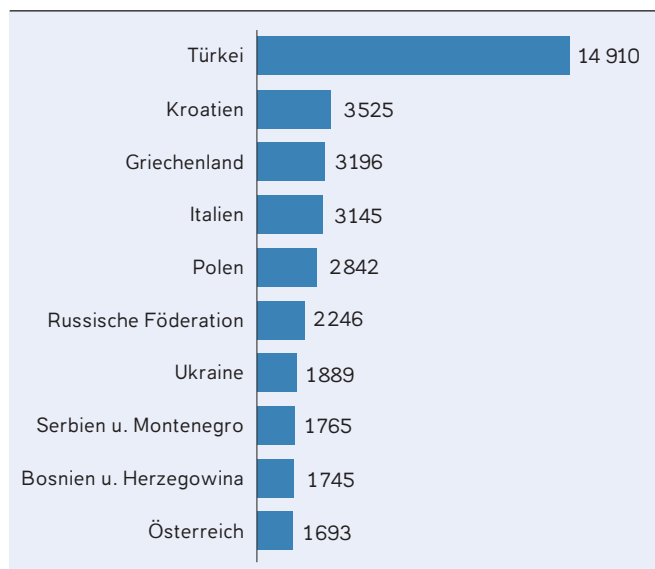
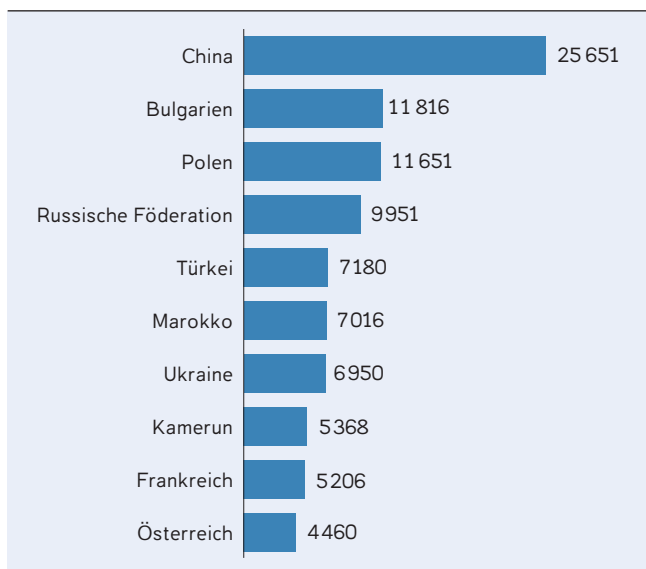


Abb. 14: Herkunftsländer ausländischer Studierender (Bildungsausländer) im Wintersemester 2006/2007



Tab. 9: Ausbildungsförderung für Studierende nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

	Geförderte (durchschnittlicher Monatsbestand)	Finanzieller Aufwand	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person
	in 1000	Mill. EUR	EUR je Monat
Studierende			
2002	304	1 351	371
2003	326	1 446	370
2004	340	1 514	371
2005	345	1 555	375
2006	342	1 539	375
BAföG-Empfänger insgesamt (einschl. Schüler und Schülerinnen)			
2002	467	1 942	347
2003	505	2 097	346
2004	532	2 212	347
2005	544	2 280	349
2006	540	2 256	348

Ausbildungsförderung für Studierende



»Studierenden-BAföG« wird für den Besuch von höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt. Im Hochschulbereich wird die Ausbildungsförderung je zur Hälfte als Zuschuss bzw. unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit August 1996 anstelle von Zuschuss und unverzinslichen Darlehen ein verzinliches Darlehen gewährt, z. B. nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer.

einigen Staaten (12 %), die Schweiz (10 %) und Frankreich (9 %). Diese sechs Länder zusammen nahmen damit gut drei Viertel der im Ausland studierenden Deutschen auf.

Ausbildungsförderung für Studierende

Unter den durchschnittlich 342 000 geförderten Studierenden im Jahr 2006 waren 228 000 an Universitäten (einschließlich Pädagogischer und Theologischer Hochschulen sowie Gesamthochschulen) und 106 000 an Fachhochschulen eingeschrieben. Knapp zwei Drittel aller Studierenden

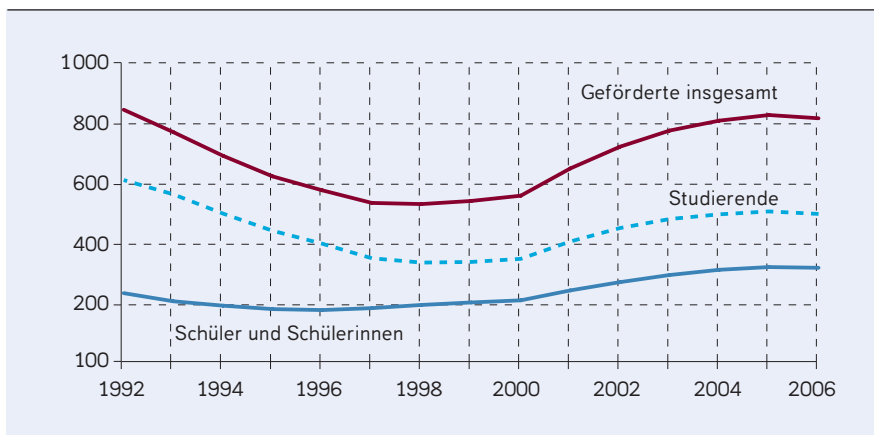
erhielten eine Teilförderung; ein gutes Drittel erhielt eine Vollförderung.

Insgesamt wurden von Bund und Ländern für die Studierendenförderung 1,54 Mrd. Euro aufgewendet. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Student bzw. eine geförderte Studentin 375 Euro im Monat. Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2006 um 13 % höher als 2002. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Finanzaufwand um 14 %. **Tab. 9**

Abschließend soll nun noch die Gesamtförderung nach dem BAföG (einschließlich »Schüler-BAföG«) betrachtet werden. Nachdem die Zahl der Geförderten bis einschließlich 1998 zurückgegangen war, setzte im Jahr 1999 eine Trendwende ein und ihre Anzahl nahm wieder zu.

818 000 Schüler und Schülerinnen sowie Studierende erhielten 2006 Leistungen nach dem BAföG. Insgesamt wurden 2006 im Durchschnitt pro Monat 540 000 Personen unterstützt. Die Förderung erstreckte sich jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr, so dass die Zahl im Monatsdurchschnitt niedriger ausfällt als die Zahl der Geförderten insgesamt. Etwa 47 % der Geförderten erhielt eine Vollförderung und 53 % eine Teilförderung. Insgesamt wurden für die BAföG-Förderung im Jahr 2006 2,3 Mrd. Euro aufgewendet. Im Durchschnitt erhielt ein BAföG-Empfänger 348 Euro je Monat. **Abb. 15**

Abb. 15: Geförderte nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), in 1000



3.1.4 Lebenslanges Lernen

In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige damit rechnen, ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben zu können. Lebenslanges Lernen ist erforderlich, um am Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein und mit den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Schritt zu halten. Immer häufiger nehmen deshalb Beschäftigte an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil.

Lernaktivitäten im Erwachsenenalter

Seit 1979 wird in dreijährigem Abstand im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine repräsentative Umfrage bei 19- bis 64-Jährigen unter dem Titel Berichtssystem Weiterbildung (BSW) durchgeführt. Bei der aktuellen Erhebung 2007 wurde das nationale Konzept in das neue Konzept des europäischen Adult Education Surveys (AES) eingebettet. Der Adult Education Survey, der als Piloterhebung in den Jahren 2005 bis 2008 in den meisten EU-Mitgliedstaaten durchgeführt wurde, betrachtet alle Lernaktivitäten im Er-

wachsenenalter. Die mit dieser Erhebung ermittelte Bildungsbeteiligung umfasst damit die formale Bildung (Besuch von regulären Bildungsgängen in Schulen und Hochschulen), die nicht-formale Bildung und das informelle Lernen. Bei der nicht-formalen Bildung (im Folgenden kurz als Weiterbildung bezeichnet) werden fünf Veranstaltungsformen unterschieden. Informelles Lernen heißt: sich selbst etwas beibringen durch Nutzung bestimmter Medien oder durch Lernen von Personen im eigenen Umfeld. Die Tabelle zeigt Daten zu sechs verschiedenen Formen des informellen Lernens. → Tab.10

Nach den Ergebnissen der neuen Erhebung besuchten 11 % der Erwachsenen in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung eine Schule bzw. Hochschule oder waren in einer Berufsausbildung. 44 % der Befragten haben sich an mindestens einer der genannten Formen der nicht-formalen Bildung beteiligt, sich also weitergebildet. 53 % praktizierten mindestens eine Form des informellen Lernens. Insgesamt können 69 % der 19- bis 64-Jährigen als »Lernaktive« bezeichnet werden. Eine differenzierte Betrachtung der Beteiligung an den unterschiedlichen Formen der Weiterbildung zeigt, dass Erwerbstätige wesentlich aktiver waren als Nichterwerbstätige: 52 % der Erwerbstätigen haben an mindestens einer Veranstaltungsform teilgenommen, bei den Nichterwerbstätigen waren es dagegen nur 27 %. Die Teilnahmequote der Frauen an Weiterbildung lag mit 42 % geringfügig niedriger als die der Männer (46 %). Ursächlich dafür ist vor allem der geringere Erwerbstätigenanteil der Frauen. Bei erwerbstätigen Männern und Frauen bestanden kaum Unterschiede hinsichtlich der Beteiligung an beruflicher Weiterbildung. Dagegen waren Frauen in der allgemeinen Weiterbildung etwas aktiver als Männer.

38 % der befragten 19- bis 64-Jährigen nahmen in den letzten zwölf Monaten an einer oder mehreren berufsbezogenen Weiterbildungsmaßnahmen teil, nur 11 % berichteten von einer Teilnahme an einer nicht-berufsbezogenen Weiterbildung.

Hochqualifizierte Männer und Frauen bemühten sich verstärkt um ihre Weiterbildung: 60 % der Personen mit Abitur oder Fachhochschulreife beteiligten sich im betrachteten Zeitraum an mindestens einer nicht-formalen Lernaktivität. Dagegen wandten Menschen mit Hauptschulabschluss weniger Zeit für ihr Fortkommen auf: Nur 29 % nahmen an einer entsprechenden Lernaktivität teil. Ähnliche Werte zeigte ein Nachweis nach dem höchsten beruflichen Abschluss: 62 % der Akademiker bildeten sich weiter, aber nur

Tab. 10: Teilnahme an Lernaktivitäten in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung (BSW-AES 2007)

	Insgesamt	Männer	Frauen
	in % der Bevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren		
Formale Bildung (Schule, Hochschule, Berufsausbildung)	11	12	10
Nicht-formale Bildung (Weiterbildung)	44	46	42
Kurse, Seminare, Lehrgänge, Schulungen, die länger als einen Tag dauern	26	28	25
Vorträge, Seminare und Schulungen, die höchstens einen Tag dauern	20	22	19
Einzelunterweisung am Arbeitsplatz durch Vorgesetzte, Kollegen, Trainer oder Medienlernprogramme	11	12	11
Privatunterricht in der Freizeit (z. B. Fahrschule oder Klavierunterricht)	7	6	8
Fernunterricht/E-Learning	1	1	1
Informelles Lernen (sich selbst etwas beibringen)	53	54	52
Lesen von Büchern, Fachzeitschriften	41	42	39
Nutzung von Computer oder Internet	35	38	32
Nutzung von Fernsehen, Radio, Audio- oder Videokassette	16	15	17
Führungen in Museen oder zu historischen Orten u. ä.	8	7	9
Besuche von Büchereien oder offenen Lernzentren	7	6	8
Lernen von Familienmitgliedern, Freunden, Kollegen	19	17	21
Lernaktive (Teilnahmequote insgesamt)¹	69	71	67
Bildungsaktive (Formale und nicht-formale Bildung)	49	52	46

¹ Teilnahme an mindestens einer Lernaktivität.

Quelle: TNS-Infratest, Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland – Eckdaten zum BSW-AES 2007, München 2008.

Tab. 11: Teilnahme an Lernaktivitäten in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung nach Alter (BSW-AES 2007)

Altersgruppen	Formale Bildung	Nicht-formale Bildung	Informelles Lernen	Lernaktive ¹
	in % der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppen			
19-24	57	49	59	85
25-34	14	48	54	72
35-44	3	50	54	72
45-54	2	44	53	66
55-64	2	26	45	54
Insgesamt	11	44	53	69

¹ Teilnahme an mindestens einer Lernaktivität.

Quelle: TNS-Infratest, Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland – Eckdaten zum BSW-AES 2007, München 2008.

28 % der Personen ohne beruflichen Abschluss.

Die Teilnahme an regulären Bildungsgängen konzentrierte sich stark auf die Altersgruppe der 19- bis 24-Jährigen und – in etwas schwächerem Ausmaß – auf die 25- bis 34-Jährigen. Bei der Weiterbildung und beim informellen Lernen blieben die Beteiligungsquoten – insbesondere wenn man die Erwerbstätigkeit mit in Betracht zieht – relativ konstant. → **Tab. 11**

Betriebliche Weiterbildung

Angesichts der demografisch bedingten Veränderung der Altersstruktur von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wächst in den Unternehmen der Bedarf an Maßnahmen zur beruflichen Weiterqualifizierung stetig. Durch die raschen Veränderungen der Märkte und der Arbeitswelt ist eine kontinuierliche Anpassung von bedarfsspezifischen Qualifikationen und fachlichem Know-how der Beschäftigten unverzichtbar. Informationen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen liefert die »Dritte Europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung« (CVTS3). Über die Hälfte (54 %) der Unternehmen führten im Jahr 2005 betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen in Form von Lehrveranstaltungen (Lehrgänge, Kurse und Seminare) durch. Von den 46 % Unternehmen ohne Lehrveranstaltungen boten 15 % ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zumindest eine der anderen Formen betrieblicher Weiterbildung (geplante Phasen der Weiterbildung am

Arbeitsplatz, Job-Rotation, Lern- und Qualitätszirkel, selbstgesteuertes Lernen, Informationsveranstaltungen) an. 31 % der Unternehmen verzichteten ganz auf Schulungsmaßnahmen. Gründe hierfür waren aus Sicht der Unternehmen vorrangig die bereits dem Bedarf des Unternehmens entsprechenden Fähigkeiten der Beschäftigten, die nur begrenzt verfügbare Zeit sowie die hohen finanziellen Belastungen für Weiterbildungsmaßnahmen. Gegenüber 1999 ging der Anteil weiterbildender Unternehmen um sechs Prozentpunkte zurück. Betrachtet man lediglich die klassischen Lehrveranstaltungen, so betrug der Rückgang sogar rund 13 Prozentpunkte.

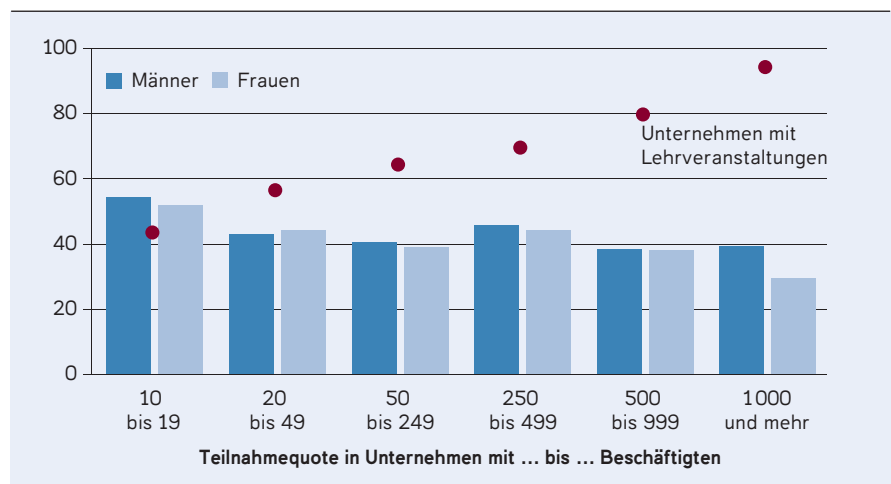
Die Chancen auf ein Weiterbildungsangebot im Unternehmen sind in den Wirt-

schaftszweigen unterschiedlich und steigen mit der Unternehmensgröße. So bot annähernd jedes (95 %) Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten 2005 Lehrveranstaltungen für seine Beschäftigten an. In der Gruppe der Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten traf dies noch auf etwa zwei Drittel zu. Lediglich 44 % der Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten offerierten Lehrveranstaltungen für die eigenen Beschäftigten. Insgesamt arbeiteten gut 78 % der Beschäftigten der in die Erhebung einbezogenen Wirtschaftsbereiche in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen.

39 % der Beschäftigten in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen nahmen 2005 an dieser Form der betrieblichen Weiterqualifizierung teil. Dabei lag die Teilnahmequote der Frauen mit 35 % unter jener der Männer (41 %). Insgesamt hat sich die Beteiligung der Beschäftigten 2005 gegenüber 1999 (36 %) leicht erhöht. Die Differenz zwischen den Teilnahmequoten der beiden Geschlechter blieb nahezu unverändert.

Die Teilnahmequoten variierten stark nach Unternehmensgröße. In kleinen Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten, die im Jahr 2005 Lehrveranstaltungen durchführten, nutzten mehr als die Hälfte (53 %) der Mitarbeiterinnen und

Abb. 16: Unternehmen mit Lehrveranstaltungen und Teilnahmequoten nach Unternehmensgröße und Geschlecht 2005, in %



Tab. 12: Teilnahmequoten in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen nach Unternehmensgröße und Altersgruppen 2005

Beschäftigte	Unter 25 Jahre	25 bis 54 Jahre	55 Jahre und älter
	in %		
10-19	50,2	56,6	32,3
20-49	36,8	47,3	23,9
50-249	40,2	42,3	24,2
250-499	49,3	47,2	28,9
500-999	39,1	40,4	26,1
1000 und mehr	25,9	37,6	28,6
Insgesamt	33,5	41,0	27,3

Mitarbeiter dieses Weiterbildungsangebot. 52 % der weiblichen Beschäftigten in diesen Unternehmen beteiligten sich an den Maßnahmen, gegenüber 54 % ihrer männlichen Kollegen. Mit steigender Beschäftigtenzahl sank die Teilnahmequote und die Diskrepanz zwischen den Teilnahmequoten von Männern und Frauen stieg an. In Großunternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten nutzten nur 30 % der Frauen und 39 % der Männer das zur Verfügung stehende Angebot. → **Abb. 16**

Die betriebliche Weiterbildung ist auch eine mögliche Maßnahme, um insbesondere ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Veränderungen besser vorzubereiten und ihre Beschäftigungsfähigkeit sowie mögliche Leistungs- und Innovationspotentiale zu erhalten. Jedoch wiesen ältere Beschäftigte ab 55 Jahren mit 27 % die geringste Teilnahmequote an Lehrveranstaltungen auf. Auch bei Personen unter 25 Jahren lag die Teilnahmequote mit 34 % nicht wesentlich höher. Dagegen beteiligten sich 41 % der Beschäftigten im Alter von 25 bis 54 Jahren an betrieblichen Schulungsmaßnahmen. → **Tab. 12**

Die älteren Beschäftigten hatten in fast allen Größenklassen die geringste Teilnahmequote. Berufsanfänger konnten in kleinen und mittelgroßen Unternehmen mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit eine Lehrveranstaltung besuchen. Die Hälfte junger Beschäftigter in Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten beteiligte sich an

betrieblichen Lehrveranstaltungen. In Großunternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten betrug die entsprechende Quote 26 %.

Im Durchschnitt lagen die Teilnahmezeiten je Teilnehmerin bzw. Teilnehmer im Jahr 2005 bei 30 Stunden. Bezieht man die Teilnahmezeiten auf alle Beschäftigten in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen, ergab sich ein Zeitaufwand von elf Stunden. Im Gegensatz zu den Teilnahmequoten waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim durchschnittlichen Zeitaufwand weniger stark ausgeprägt. Im Durchschnitt wendeten Frauen mit 28 Stunden insgesamt geringfügig weniger Zeit für Lehrveranstaltungen auf als ihre männlichen Kollegen (30 Stunden). Bei den Teilnahmezeiten je Beschäftigten war es ähnlich. Männer beteiligten sich im Schnitt etwas länger an

Weiterbildungsveranstaltungen als Frauen (zwölf Stunden gegenüber zehn Stunden bei Frauen). → **Abb. 17**

Nach der Unternehmensgröße variierten die Teilnahmezeiten bezogen auf die Beschäftigten insgesamt weniger stark. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten wendeten mit Abstand die meiste Zeit für Schulungsmaßnahmen auf. In den mittleren und großen Unternehmen war der Zeitaufwand jeweils niedriger. Die Teilnahmezeiten pro Teilnehmerin bzw. Teilnehmer lagen bei Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten am höchsten (32 Stunden). Allerdings verbrachten die Teilnehmenden in den Unternehmen der kleinsten Größenklasse mit 31 Stunden annähernd die gleiche Zeit in Lehrveranstaltungen.

Lehrveranstaltungen finden in den Unternehmen zu einer Vielzahl von Themen statt. Die Ergebnisse der CVTS3 zeigen, dass die Vermittlung von so genannten »Soft Skills« einen hohen Stellenwert in der betrieblichen Weiterbildung hat. Im Jahr 2005 entfielen die meisten Stunden in Lehrveranstaltungen auf den Themenbereich »Persönlichkeitsentwicklung und Qualitätsmanagement« (16 %), gefolgt von den eher klassischen Themen »EDV« und Fachwissen in den Bereichen »Technik und Produktion« (je 14 %). Seltener

Abb. 17: Teilnahmezeiten an Lehrveranstaltungen je Teilnehmendem und Beschäftigtem nach Unternehmensgröße 2005, in Stunden

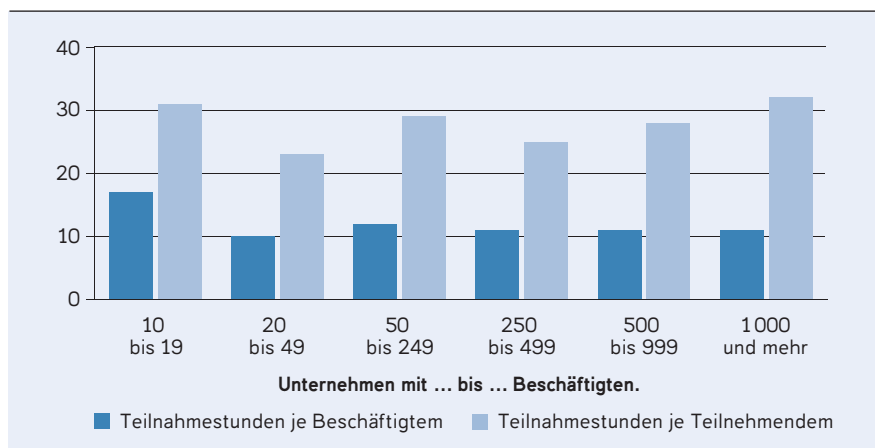
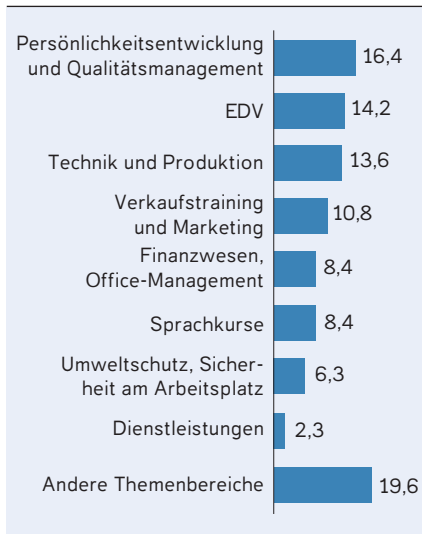


Abb. 18: Teilnahmestunden in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen nach Themenbereichen 2005, in %



hatten Schulungsveranstaltungen Dienstleistungsthemen (2 %) oder den Umweltschutz und die Sicherheit am Arbeitsplatz (6 %) zum Inhalt. → **Abb. 18**

Den Unternehmen, die im Jahr 2005 Lehrveranstaltungen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anboten, entstanden dafür Kosten in Höhe von durchschnittlich 1 697 Euro je Teilnehmenden. Je Beschäftigten wendeten diese Unternehmen im Mittel 651 Euro auf. Bezieht man die Kosten für Lehrveranstaltungen auf die Beschäftigten in allen Unternehmen, beläuft sich dieser Wert auf 504 Euro.

Die meisten Kosten im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung verursachten die Lohnkosten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer Schulungsmaßnahme. Der Anteil dieser Personalausfallkosten an den Gesamtkosten lag bei 53 %. Mit einem Anteil von 29 % folgten Zahlungen und Gebühren für die Weiterbildungsveranstaltungen einschließlich der Zahlungen für externe Dozenten. Weniger bedeutend waren Kosten für Schulungsräume und Unterrichtsmaterial sowie Reisekosten und Spesen.

Die Pro-Kopf-Kosten für die betriebliche Weiterbildung variierten zwischen den

Aufstiegsförderung – »Meister-BAföG«



Die Aufstiegsförderung soll Nachwuchskräften helfen, ihre Weiterbildung für einen Fortbildungsabschluss zu finanzieren, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Die Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wurde zum 1. Januar 1996 eingeführt. Zum 1. Januar 2002 trat eine Reform des AFBG – u. a. mit verbesserten Leistungen für die Geförderten – in Kraft. Das AFBG (auch »Meister-BAföG« genannt) gewährt allen Fachkräften einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für alle Formen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Der angestrebte Abschluss muss über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf anerkannte Prüfungen nach der Handwerksordnung, dem Berufsbildungsgesetz, dem Recht des Bundes und der Länder oder sonstigen Regelungen auf eine berufliche Qualifikation vorbereiten. Hierzu gehören nach der Reform auch Fortbildungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen sowie an staatlich anerkannten Ergänzungsschulen. Eine Maßnahme in Vollzeitform muss mindestens 400 Unterrichtsstunden umfassen und darf in der Regel eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten. Bei Teilzeitform beträgt die maximale Dauer in der Regel bis zu 48 Monaten. Die Leistungen für alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen bestehen aus einem so genannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren), der erstmals ab 1. Januar 2002 in Höhe von 33 % als Zuschuss und im Übrigen (bis 2001 vollständig) als Darlehen gewährt wurde. Der Maßnahmebeitrag wird bis zu einer Höhe von 10 226 Euro gewährt. Geförderte in Vollzeitform können darüber hinaus monatliche Zuschüsse und Darlehen für den Lebensunterhalt erhalten. Ferner ist für die Kinderbetreuung ein weiterer Zuschuss vorgesehen. Die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gewährten Darlehen sind längstens vier Jahre zins- und tilgungsfrei und anschließend zu marktüblichen Konditionen zurückzuzahlen.

Wirtschaftsbereichen erheblich. Von den Unternehmen des Gastgewerbes wurde mit 832 Euro je teilnehmender Person und 247 Euro je Beschäftigten vergleichsweise wenig ausgegeben. Deutlich höher waren die Ausgaben im Kredit- und Versicherungsgewerbe und den damit verbundenen Tätigkeiten. Ein Unternehmen dieses Bereichs investierte durchschnittlich 2 667 Euro je Teilnehmenden an Lehrveranstaltungen bzw. 1 475 Euro je Beschäftigten in die Weiterqualifizierung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Aufstiegsfortbildungsförderung

Im Jahr 2005, drei Jahre nach Einführung der Reform zum AFBG (1. Januar 2002), lag die Gefördertenzahl bei 141 000. Dies war gegenüber 2002 ein Anstieg von über 60 %. Im Berichtsjahr 2006 ging die Gefördertenzahl (gegenüber dem Vorjahr) wieder um knapp 4 % auf 136 000 zurück. Die Förderung wurde überwiegend

von männlichen Fachkräften genutzt (68 % aller Geförderten); 32 % der Geförderten waren Frauen. Der finanzielle Aufwand betrug 2006 insgesamt 369 Mill. Euro, davon wurden 260 Mill. Euro als Darlehen bewilligt und 109 Mill. Euro als Zuschuss gewährt. Rund 50 000 (36 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, davon 26 % Frauen und 74 % Männer. Eine Teilzeitfortbildung machten 86 000 Geförderte, davon 36 % Frauen und 64 % Männer. 15 % der Geförderten bildeten sich in Maßnahmen mit einer Dauer von bis zu einem Jahr, 55 % bis zu zwei Jahren und 86 % bis zu drei Jahren fort. Weitere 14 % besuchten Kurse, die länger als drei Jahre dauern. Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahren alt. Am stärksten vertreten war die Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen (35 %), gefolgt von den 20- bis unter 25-Jährigen (30 %) und den 30- bis unter 35-Jährigen (15 %).

→ **Tab. 13**

Tab. 13: Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

	Geförderte	Finanzieller Aufwand		
		insgesamt	davon	
			Darlehen	Zuschuss
in 1000 EUR				
2002	87 756	298 772	202 700	96 071
2003	121 820	387 786	259 814	127 972
2004	133 018	378 563	257 135	121 427
2005	140 847	392 621	273 213	119 408
2006	135 915	369 045	260 257	108 788

3.1.5 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft (Humankapital) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Aktuelle Angaben über den Bildungsstand der Gesamtbevölkerung werden aus dem jährlich durchgeführten Mikrozensus gewonnen, der größten

jährlich durchgeführten Haushaltsbefragung Deutschlands.

Bei der 2007 durchgeführten Erhebung hatten 44 % der Befragten ab 25 Jahren einen so genannten »höherwertigen« Schulabschluss. 20 % besaßen einen Realschulabschluss; 24 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. In der Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen konnten bereits gut 74 % einen solchen Abschluss vorweisen (33 % Realschulabschluss, 41 % Fachhochschul-/Hochschulreife). Von den Altersjahrgängen ab 60 Jahren hatten dage-

gen lediglich jeweils 13 % eine Realschule und ein Gymnasium erfolgreich absolviert. → Tab. 14

Im Jahr 2007 hatten 55 % der Befragten ab 25 Jahren eine Lehre als höchsten beruflichen Bildungsabschluss. Rund 1 % besaßen einen Fachschulabschluss der in der ehemaligen DDR erworben wurde, 6 % einen Fachschulabschluss, 14 % einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss und 22 % (noch) keinen beruflichen Abschluss. Von den 30- bis unter 40-Jährigen hatten immerhin 19 % ein Fachhochschul- oder Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen; unter den 60-Jährigen und Älteren befanden sich dagegen nur knapp 10 % Akademiker.

→ Tab. 15

Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, so dass bei der jüngeren Generation Frauen mittlerweile einen höheren Bildungsabschluss nachweisen als die Männer. In der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen hatten 39 % der Männer und

Tab. 14: Allgemeiner Schulabschluss der Bevölkerung 2007

Altersgruppen	Insgesamt ¹	Noch in schulischer Ausbildung	Mit allgemeinem Schulabschluss					Ohne allgemeinen Schulabschluss
			Haupt-(Volks-)schulabschluss	Abschluss der Polytechn. Oberschule	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	ohne Angabe	
in 1000								
25-29	4 901	17	1 070	-	1 595	2 034	16	160
30-39	10 866	/	2 767	942	2 964	3 737	39	390
40-49	13 645	/	4 294	1 848	3 230	3 731	59	454
50-59	11 020	/	4 767	1 460	1 899	2 462	44	362
60 und älter	21 079	/	14 257	403	2 696	2 747	130	680
Insgesamt	61 510	25	27 155	4 653	12 385	14 710	288	2 046
in %								
25-29	100	0,3	21,8	-	32,5	41,5	0,3	3,3
30-39	100	/	25,5	8,7	27,3	34,4	0,4	3,6
40-49	100	/	31,5	13,5	23,7	27,3	0,4	3,3
50-59	100	/	43,3	13,2	17,2	22,3	0,4	3,3
60 und älter	100	/	67,6	1,9	12,8	13,0	0,6	3,2
Insgesamt	100	0,0	44,1	7,6	20,1	23,9	0,5	3,3

Ergebnisse des Mikrozensus.

Tab. 15: Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung 2007

Altersgruppen	Insgesamt	Mit beruflichem Bildungsabschluss						
		Lehr-/ Anlern- ausbildung	Fachschul- abschluss	Fachschul- abschluss in der ehem. DDR	Fachhoch- schul- abschluss	Hochschul- abschluss	Promotion	ohne Angaben zur Art des Abschlusses
in 1 000								
20-29	4 901	2 679	251	-	243	428	9	1 281
30-39	10 866	6 175	736	60	723	1 317	28	1 796
40-49	13 645	8 104	1 037	203	836	1 349	35	2 042
50-59	11 020	6 438	729	199	627	1 123	27	1 840
60 und älter	21 079	10 684	1 134	366	746	1 265	65	6 576
Insgesamt	61 510	34 081	3 886	829	3 175	5 482	164	13 536
in %								
20-29	100	54,7	5,1	-	5,0	8,7	0,2	26,1
30-39	100	56,8	6,8	0,6	6,7	12,1	0,3	16,5
40-49	100	59,4	7,6	1,5	6,1	9,9	0,3	15,0
50-59	100	58,4	6,6	1,8	5,7	10,2	0,2	16,7
60 und älter	100	50,7	5,4	1,7	3,5	6,0	0,3	31,2
Insgesamt	100	55,4	6,3	1,3	5,2	8,9	0,3	22,0

Ergebnisse des Mikrozensus. Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

44 % der Frauen die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Demgegenüber besaßen im Jahr 2007 von den Personen ab 60 Jahren 19 % der männlichen, aber nur 8 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur.

Bei einem Vergleich der allgemeinen Schulabschlüsse der deutschen und der ausländischen Bevölkerung fällt Folgendes auf: Während die in Deutschland lebenden Ausländer und Ausländerinnen nur zu 15 % einen Realschulabschluss besaßen (für die Deutschen lag der entsprechende Wert bei 21 %), lagen sie mit einem Anteil von 25 % bei der Fachhochschul- und Hochschulreife über dem Wert für die deutsche Bevölkerung (23 %).


Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der Ausländerinnen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife (26 % gegenüber 21 % bei den deutschen Frauen). 17 % der ausländischen Bevölkerung besaßen jedoch überhaupt keinen allgemeinen Schulabschluss (bei den Deutschen waren es rund 2 %). Etwa die Hälfte der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland hatte auch keinen beruf-

lichen Bildungsabschluss (55 % gegenüber 27 % der Deutschen). Einen Lehrabschluss konnten 53 % der Deutschen, aber nur 29 % der ausländischen Bürger und Bürgerinnen vorweisen. Bei den Hochschul- und Fachhochschulabschlüssen (einschließlich Promotionen) waren die Anteile nahezu identisch.

3.1.6 Das Bildungsbudget für Deutschland

Die Höhe der Bildungsausgaben beeinflusst die Entwicklung des Bildungswesens entscheidend. Ein zentrales Augenmerk in der bildungspolitischen Diskussion gilt daher der Mittelausstattung des Bildungswesens und der Finanzierungsstruktur. Im Folgenden werden Angaben zu den Bildungsausgaben (Bildungsbudget) dargestellt. Es orientiert sich an der Konzeption des lebenslangen Lernens. Die Ausgaben werden überwiegend den Jahresrechnungsergebnissen der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Kommunen) sowie den sonstigen zum finanzstatistischen Berichtskreis gehörenden Institutionen (Bundesagentur für Arbeit,

Studentenwerke, etc.) entnommen. Das nationale Bildungsbudget umfasst die Ausgaben in internationaler Abgrenzung gemäß der internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED) sowie zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung.

Die Ausgaben für Bildung betragen 2006 rund 142,9 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr (2005: 141,6 Mrd. Euro) war damit ein leichter Anstieg festzustellen. Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt sank von 6,3 % im Jahr 2005 auf 6,2 % im Jahr 2006. 

Der Rückgang entstand durch den stärkeren Anstieg des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Anstieg der Bildungsausgaben. Die Bildungsausgaben nach internationaler Abgrenzung beliefen sich 2006 auf rund 129,2 Mrd. Euro. Das bedeutet eine leichte Zunahme gegenüber dem Vorjahr (127,6 Mrd. Euro).

Die Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Programmen sowie die Ausgaben der privaten Haushalte für Bildungsgüter und -dienste



Wie setzen sich die Ausgaben im Rahmen des Bildungsbudgets zusammen?

Ausgaben für das Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung

Sie stellen die Hauptkomponente der Bildungsausgaben dar. Sie umfassen die Ausgaben der Bildungseinrichtungen für das Lehr- und sonstige Personal, für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, für Heizung, Elektrizität, die Reinigung und Erhaltung von Schulgebäuden sowie die Ausgaben für den Bau von Schulgebäuden und für andere Investitionsgüter. Aber auch andere Einrichtungen und die Bildungsteilnehmer und deren Eltern bestreiten einen Teil der Bildungsausgaben. Hierbei handelt es sich z. B. um Ausgaben, die von den Lernenden zur Vorbereitung, zum Besuch und zur Nachbereitung des Unterrichts geleistet werden (z. B. für Nachhilfeunterricht, zur Anschaffung von Taschenrechnern, Büchern, Schreibwaren). Lohn- und Gehaltskosten von Teilnehmenden an betrieblicher Aus- oder Weiterbildung werden nicht berücksichtigt. Enthalten sind auch die Ausgaben der Hochschulen für Forschung und Entwicklung.

Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung

Sie umfassen Ausgaben für Kinderbetreuung in öffentlichen Krippen und Horten, die betriebliche Weiterbildung, Volkshochschulen, Einrichtungen der Lehrerfortbildung, Einrichtungen der Jugendarbeit und die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen.

außerhalb von Bildungseinrichtungen betragen 2006 13,2 Mrd. Euro.

Die zusätzlichen bildungsrelevanten Ausgaben in nationaler Abgrenzung betragen 13,7 Mrd. Euro im Jahr 2006. Gegenüber dem Vorjahr (2005: 14,0 Mrd. Euro) war ein Rückgang festzustellen. Während die

Ausgaben für die betriebliche Weiterbildung (2005: 7,9 Mrd. Euro; 2006: 8,1 Mrd. Euro) leicht zunahmen, gingen die Mittel für weitere Bildungsangebote (2005: 4,8 Mrd. Euro; 2006: 4,7 Mrd. Euro) sowie für die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung (2005: 1,3 Mrd. Euro; 2006: 0,9 Mrd. Euro) zurück. → **Tab. 16**

3.1.7 Zusammenfassung

Jeder 13. Jugendliche, der 2006 eine allgemein bildende Schule verließ, hatte keinen Abschluss. Im gleichen Jahr machten nahezu zwei Millionen Personen eine berufliche Ausbildung. Davon besuchten ein Fünftel (20 %) eine Berufsfachschule oder eine Schule des Gesundheitswesens; 1995 waren es erst 14 %. Die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer war 2006 älter als 50 Jahre. Die Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen lagen 2005 bei 4 700 Euro.

2006 hatte jeder sechste Ausbildungsfänger die Hochschul- oder Fachhochschulreife. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden an allen Auszubildenden lag 2006 mit 4 % auf dem niedrigsten Stand seit 1988.

Im Studienjahr 2007 entschieden sich jeweils 17 % aller Studienanfänger für die Fächergruppen Ingenieurwissenschaften bzw. Mathematik/Naturwissenschaften. 46 % der Studienanfänger (1. Fachsemester) im Wintersemester 2006/2007 waren in einem Bachelor- oder Masterstudien-gang eingeschrieben, gegenüber 19 % der

Tab. 16: Bildungsausgaben der gesamten Volkswirtschaft und deren Anteile am Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Ausgewählte Bildungsbereiche		Bildungsausgaben		Anteile am BIP	
		2005	2006 ¹	2005	2006 ¹
		in Mrd. EUR		in %	
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	127,6	129,2	5,7	5,6
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	114,5	116,1	5,1	5,0
A31	ISCED 0 – Elementarbereich	11,3	/	0,5	/
A32	ISCED 1-4 – Schulen und schulnaher Bereich	76,2	/	3,4	/
A33	ISCED 5/6 – Tertiärbereich	24,6	/	1,1	/
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)	2,4	/	0,1	/
A40/50	Übrige Ausgaben in internationaler Abgrenzung	13,1	13,2	0,6	0,6
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	14,0	13,7	0,6	0,6
B10	Betriebliche Weiterbildung	7,9	8,1	0,4	0,3
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	4,8	4,7	0,2	0,2
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung	1,3	0,9	0,1	0,0
A+B	Bildungsbudget insgesamt	141,6	142,9	6,3	6,2

¹ Vorläufige Angaben.

Studierenden. Das durchschnittliche Alter bei Abschluss eines Erststudiums lag im Prüfungsjahr 2006 bei 28 Jahren. Nur jede zehnte Professorenstelle (C4) an Hochschulen war 2006 mit einer Frau besetzt.

Die laufenden Grundmittel je Studierenden (laufende Finanzierung der Hochschulträger) beliefen sich 2005 auf 7 200 Euro. Im Jahr 2006 gab die öffentliche Hand 2,3 Mrd. Euro für das Studenten- und Schüler-BAföG aus, 348 Euro pro Monat je BAföG-Empfänger.

69 % der 19- bis 64-Jährigen können als »Lernaktive« bezeichnet werden, da sie in den letzten zwölf Monaten an mindestens einer Lernaktivität teilgenommen haben. 11 % haben einen regulären Bildungsgang an Schulen oder Hochschulen besucht, 44 % haben sich weitergebildet und 53 % haben mindestens eine Form des informellen Lernens praktiziert.

In Unternehmen mit Lehrveranstaltungen nahmen im Jahr 2005 rund 35 % der Frauen dieses Weiterbildungsangebot wahr, gegenüber 41 % der Männer. Ältere Beschäftigte ab 55 Jahren hatten die niedrigste Teilnahmequote. In Unternehmen mit entsprechendem Angebot verbrachte jeder Teilnehmer durchschnittlich 30 Stunden in Lehrveranstaltungen.

2006 erhielten 136 000 Personen das sogenannte »Meister-BAföG«.

2007 hatten 27 % der Deutschen ab 25 Jahren (noch) keinen beruflichen Abschluss, bei den in Deutschland lebenden Ausländern waren es 55 %.

Die Ausgaben im Rahmen des Bildungsbudgets betrugen 2006 rund 142,9 Mrd. Euro. Der Anteil der Ausgaben für das Bildungsbudget am Bruttoinlandsprodukt sank damit von 6,3 % im Jahr 2005 auf 6,2 % im Jahr 2006.

Bildung gehört zu den sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts. In modernen Gesellschaften wie der Bundesrepublik Deutschland ist eine Vielzahl von sozialen Berechtigungen und Lebenschancen an Bildung und den Erwerb von Bildungszertifikaten gekoppelt: Zum einen ist Bildung als Humankapital eine essenzielle Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt und daran geknüpfte Einkommenschancen sowie wohlfahrtsstaatliche Anrechte, zum anderen umfasst Bildung Wissen und psycho-soziale Kompetenzen, die für die Teilhabe am sozialen Geschehen und die Verarbeitung gesellschaftlicher Vorgaben erforderlich sind. Das an die Bildung geknüpfte Humankapital der Gesellschaftsmitglieder – gemessen an ihrem Humankapital für den Arbeitsmarkt und ihren psycho-sozialen Kompetenzen für den Alltag – ist daher eine der unabdingbaren Ressourcen für die individuelle Wohlfahrt und für die Leistungs- und Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft. So war es Ziel der vom Staat angestoßenen Bildungsexpansion seit den 1950er Jahren und der Bildungsreformen in den 1960er und 1970er Jahren, das Qualifikationsniveau in der Bevölkerung anzuheben und schließlich soziale Ungleichheiten von Bildungschancen abzubauen. Diese politischen Ziele sollten durch einen massiven Ausbau des Bildungswesens und einen deutlichen Anstieg der Bildungsbeteiligung in allen Bevölkerungsteilen realisiert werden.

Vor diesem Hintergrund werden die historischen Entwicklungen der Bildungsbeteiligung und Verteilungen von Bildungschancen beschrieben. In der strukturellen Logik des gestuften deutschen Bildungssystems und der zeitlichen Logik des Lebenslaufs werden die einzelnen Bildungsstufen und Etappen des Bildungserwerbs dabei separat betrachtet. Für die empirischen Auswertungen werden Quer-

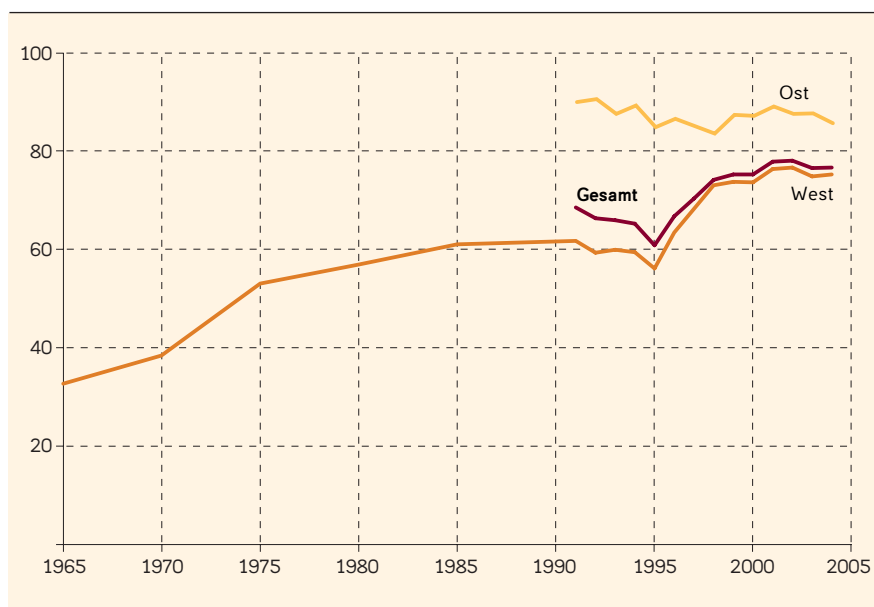
schnittsdaten der amtlichen Statistik (Volkszählung und Mikrozensus), des Gesis-ZUMA Systems sozialer Indikatoren für Deutschland und des ALLBUS sowie Längsschnittdaten der Deutschen Lebensverlaufsstudie und des Sozioökonomischen Panels (SOEP) herangezogen.

3.2.1 Kindergarten und vorschulische Betreuung

In der Bildungspolitik und deren öffentlichen Diskussion nehmen Angebot und Nutzung von vorschulischer Kinderbetreuung und Kindergarten eine herausragende Stellung ein. Hierbei wird angesichts der Befunde von TIMSS und PISA über den ausgeprägten Einfluss von Schichtzugehörigkeit auf die Lernvoraussetzungen bei der Einschulung und die schulischen Leistungen sowie die darauf basierende Chance hingewiesen, nach der Grundschule für weiterführende Schulen

(Realschule oder Gymnasium) empfohlen zu werden. Um diese Einflüsse abzuschwächen, die zu sozialen Ungleichheiten von Bildungschancen führen, sollen künftig in Kindertageseinrichtungen die frühkindliche Bildung – insbesondere die Sprachentwicklung und die Leistungsbereitschaft der Kinder – stärker gefördert werden. Besonders Kinder mit Migrationshintergrund stellen eine Zielgruppe für die vorschulische Sprachförderung dar. Des Weiteren sollen die Kinder frühzeitig auf das Lernen in der Grundschule vorbereitet werden. Infolgedessen sind die Versorgungsquoten, die sich aus der Zahl verfügbarer Plätze in Kindertageseinrichtungen im Verhältnis zur Anzahl der Kinder der jeweiligen Altersgruppe berechnen lassen, im Westen Deutschlands für die Kindergärten von 78 % im Jahre 1990 auf 105 % im Jahre 2002 gestiegen. Im Osten Deutschlands stieg im gleichen Zeitraum die Versorgungsquote für Kindergärten von 113 auf 121 %.

Abb. 1: Kindergartenbesuch vor der Einschulung in Deutschland, Nutzungsquote in %



Datenbasis: Gesis-ZUMA System sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland – eigene Darstellung.

Im Zeitraum von 1965 bis 1990 stieg im Westen Deutschlands die Nutzungsquote von 33 auf 62 % und danach bis 2005 auf 75 %. In Ostdeutschland ist seit 1990 eine anhaltend hohe Quote zwischen 86 und 90 % zu verzeichnen. Hier führt neben der fortgesetzten Tradition aus DDR-Zeiten das strukturelle Angebot an vorschulischer Kinderbetreuung auch zur entsprechenden Nutzung, die durch die starke Erwerbsorientierung ostdeutscher Mütter gefördert wird. Allerdings führten die anhaltende Abwanderung junger Frauen und Familien sowie der demographische Wandel nach dem Zusammenbruch der DDR über einen Geburteneinbruch und dem moderaten Wiederanstieg der Geburtenzahl ab Mitte der 1990er Jahre zu einem langsamen Rückgang der Nutzung solcher vorschulischer Einrichtungen. → Abb. 1

Analysen mit Daten des Sozioökonomischen Panels zeigen, dass nicht nur Arbeiterkinder im Vorschulalter eine geringere Nutzungsquote aufweisen als diejenigen aus höheren Sozialschichten, sondern auch, dass allenfalls zwei Drittel der Ausländerkinder im Alter zwischen drei und sieben Jahren vorschulische Einrichtungen besuchen. Auch die zunehmende Beteiligung der Kinder von Aus- und Spätaussiedlern seit den 1990er Jahren ähnelt der Entwicklung für die Migranten. Gemessen an der Partizipation ist bei den Einheimischen – im Unterschied zu den Migranten- und Immigrantenkinder – der Kindergarten zur »Regel-Einrichtung« geworden. Die soziokulturelle Distanz zu Bildungsinstitutionen in Deutschland ist möglicherweise der entscheidende Grund für die vergleichsweise niedrigen Besuchsquoten bei den Migranten und Immigranten auf der einen und bei den Arbeiterschichten auf der anderen Seite.

Offensichtlich trägt vorschulische Bildung zur Verringerung von Bildungsungleichheiten zwischen Sozialschichten bei. So haben westdeutsche Arbeiterkinder im Vergleich zu nichtteilnehmenden Arbeiter-

Tab. 1: Bildungsbeteiligung von 14-jährigen Schulkindern mit Vorschulbildung nach sozialer Herkunft

	Hauptschule	Realschule	Gymnasium
	in %		
Westdeutsche Kinder			
Arbeiterkinder			
Kindergartenbesuch	39	35	27
Kein Kindergartenbesuch	71	23	7
Kinder un- und angelernter Arbeiter			
Kindergartenbesuch	53	28	18
Kein Kindergartenbesuch	71	18	12
Kinder aus der oberen und unteren Dienstklasse			
Kindergartenbesuch	13	27	61
Kein Kindergartenbesuch	0	36	64
Migrantenkinder			
Arbeiterkinder			
Kindergartenbesuch	53	32	16
Kein Kindergartenbesuch	61	31	8
Kinder un- und angelernter Arbeiter			
Kindergartenbesuch	55	29	17
Kein Kindergartenbesuch	69	27	4
Kinder aus der oberen und unteren Dienstklasse			
Kindergartenbesuch	10	24	67
Kein Kindergartenbesuch	33	67	0
Ostdeutsche Kinder			
Arbeiterkinder			
Kindergartenbesuch	16	49	35
Kein Kindergartenbesuch	0	75	25

Datenbasis: SOEP 1992–2003, ungewichtete Ergebnisse.

terkindern eine 4,9-mal bessere Chance, auf das Gymnasium zu wechseln, wenn sie in der Zeit vor ihrer Einschulung einen Kindergarten oder eine Vorschule besucht haben. Umgekehrt haben sie ohne Kindergarten- oder Vorschulbesuch ein rund viermal größeres Risiko in die Hauptschule zu wechseln (71 %), als wenn sie an vorschulischer Betreuung teilnehmen (39 %). Hingegen haben Kinder un- und angelernter Arbeiter nicht nur generell die ungünstigsten Chancen, an höherer Schulbildung zu partizipieren, sondern auch die Bildungseffekte vorschulischer Betreuung sind bei ihnen äußerst gering. So haben Kinder un- und angelernter Arbeiter lediglich eine 1,6-mal bessere Chance das Gymnasium zu besuchen, wenn sie an vorschulischer Bildung teilgenommen haben, als die Nichtteilnehmer unter ihnen. Die Nichtteilnehmer unter

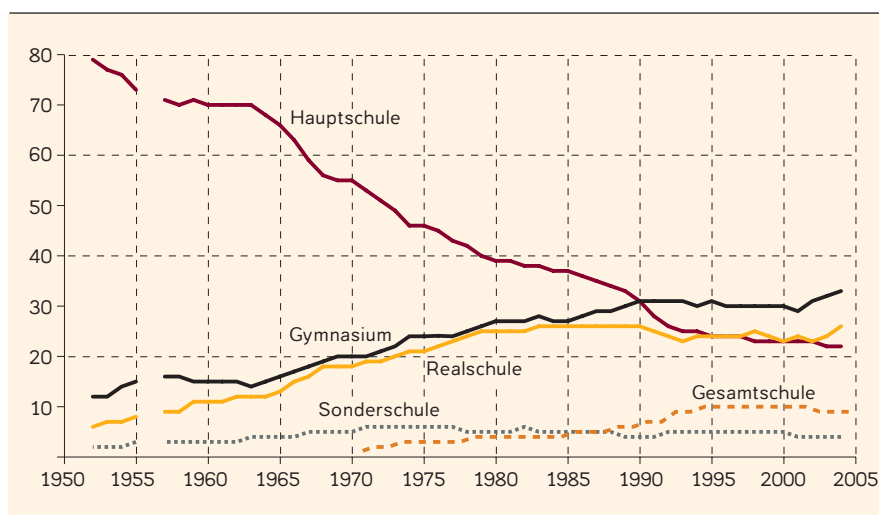
den Kindern un- und angelernter Arbeiter haben ein zwei Mal höheres Risiko, lediglich auf die Hauptschule wechseln zu können, als die Teilnehmer. Geringer sind die Chancenunterschiede bei den ostdeutschen Arbeiterkindern, die aber mehr von Kindergarten und Vorschule profitieren als die westdeutschen Arbeiterkinder. Im Vergleich zu den Kindern aus der oberen und unteren Dienstklasse bleiben sowohl einheimische als auch ausländische Arbeiterkinder in ihren Bildungschancen benachteiligt, auch wenn sie Kindergarten und Vorschule besuchen. Partizipieren die Kinder aus den höheren Sozialschichten an vorschulischer Bildung, dann bleiben die sozialen Disparitäten in den Bildungschancen weiterhin bestehen. → Tab. 1

Weiterführende Analysen für Arbeiterkinder zeigen, dass sich der Bildungseff-

fekt vorschulischer Bildung relativiert, wenn Ressourcen des Elternhauses kontrolliert werden. Hierbei ist ersichtlich, dass sich die Bildungseffekte vorschulischer Betreuung nur für Kinder qualifizierter Arbeiter (wie z. B. Facharbeiter, Meister und Poliere sowie Industriewerkmeister) ergeben, während Kinder un- und angelernter Arbeiter in ihren Bildungschancen weiterhin besonders benachteiligt sind. Ihre Benachteiligung kann gegenwärtig auch durch entsprechende Maßnahmen der vorschulischen Einrichtungen kaum ausgeglichen werden. Auch für die Migranten sollten die Bildungseffekte vorschulischer Bildung nicht überschätzt werden: Einheimische mit vorschulischer Bildung haben immer noch 2,5-mal bessere Chancen, auf das Gymnasium zu wechseln, während Migrantenkinder mit vorschulischer Bildung die gleichen Bildungschancen haben wie Einheimische ohne vorschulische Bildung. Lässt man die Differenzen zwischen den Nationalitäten unberücksichtigt, dann entsprechen die Bildungsstrukturen von Migranten denen der westdeutschen Arbeiterkinder.

Insgesamt sind positive Bildungseffekte für Migranten und einheimische Arbeiterkinder festzustellen, insbesondere in den westlichen Bundesländern. Allerdings führt die vorschulische Bildung weder zu einer Angleichung der Bildungschancen noch zu einem Ausgleich der Bildungsdefizite. Vorschulische Bildung ist zwar ein wirksames Mittel, um die im Bildungssystem benachteiligten Migranten- und Arbeiterkinder zu fördern, aber sie ist als institutionelles Programm allein nicht ausreichend, um Bildungsungleichheiten umfassend abzubauen. Andere Einflüsse wie etwa schichtspezifische Bildungsentscheidungen, Strukturen des Bildungssystems sowie die Prozesse und Mechanismen der strukturellen Selektion bei den einzelnen Bildungsübergängen sind für die Bildungschancen und Bildungserfolge letztlich bedeutsamer als die Angleichung der Lernvoraussetzungen in frühen Stadien des Bildungsverlaufs.

Abb. 2: Allgemeine Schulbildung – 13-jährige Schulkinder in weiterführenden Schullaufbahnen der Sekundarstufe I (1952–2004), in %



Datenbasis: Gesis-ZUMA System sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland – eigene Darstellung.

3.2.2 Bildungsbeteiligung in der allgemein bildenden Schule

In Abbildung 2 lassen sich Struktur und Dynamik der Bildungsexpansion sowie die gestiegene Beteiligung an weiterführender Schulbildung ablesen. Von Anfang der 1950er Jahre bis Mitte der 1960er Jahre sank der Anteil der 13-jährigen Schulkinder, die im Anschluss an die Primarstufe die Hauptschule besucht haben, von 79 auf 66 %, während der Besuch der Realschule von 6 auf 13 % und der des Gymnasiums von 12 auf 16 % gestiegen ist.

Bis zum Jahr 1990 sank der Hauptschulbesuch weiter auf 31 und bis 2004 auf 22 %. Hingegen besuchten im Jahre 1990 rund 31 % der 13-Jährigen das Gymnasium und 27 % die Realschule. Während bis 2004 der Gymnasiastenanteil in dieser Altersgruppe weiter auf 33 % stieg, ging der Anteil der Übergänge in die Realschule auf 26 und der in die Hauptschule auf 22 % zurück. In der Zeit von 1971 bis 2000 ist der Anteil der 13-Jährigen, die auf die Gesamtschule gewechselt sind, auf 9 % angestiegen. → Abb. 2

Eine unbeabsichtigte Nebenfolge der Bildungsexpansion ist der zunehmend sozial

selektive Übergang auf die Hauptschule, deren Schüler als die »Kellerkinder der Bildungsexpansion« bezeichnet werden und die negativen Folgen dieser Entwicklung für das Sozial- und Lernklima in der »Restschule mit Ghetto-Charakter« zu tragen hat. So haben die Ausländerkinder bzw. Kinder mit Migrationshintergrund im Durchschnitt ein dreimal größeres Risiko, in der Hauptschule zu verbleiben, als deutsche Schulkinder. Im Zeitverlauf haben sich die Bildungschancen für Migrantenkinder weiterhin verschlechtert. In der gleichen Zeit ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die ohne Hauptschulabschluss als Mindestqualifikation von der Schule abgingen, von 16 auf 9 % zurückgegangen. In Ostdeutschland lag der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss im Jahre 2003 bei 11 % und in Westdeutschland bei 8 %. Unter den Männern ist der Anteil dieser »Verlierer der Bildungsexpansion« mit 11 % deutlich höher als unter den Frauen (7 %). In den westlichen Bundesländern hat sich von 1970 bis Anfang der 1990er Jahre die Abiturientenquote von 10 auf 22 % mehr als verdoppelt und stagniert seitdem auf diesem Niveau. In Ostdeutschland ist die Abiturientenquote von 16 % im Jahre 1992 auf 25 % im Jahre 2003 angestiegen.

Diese Entwicklungen dokumentieren zweifelsohne eine enorme Bildungsexpansion in den vergangenen Jahrzehnten, die neben positiven Folgen auch zu sozial- und bildungspolitisch unerwünschten Ergebnissen geführt hat. Zweifelsohne hat die Bildungsexpansion zu mehr Bildungschancen geführt. Insbesondere die bislang benachteiligten Mädchen konnten ihre Bildungsdefizite gegenüber den Jungen mehr als wettmachen. Allerdings war die Bildungsexpansion für einzelne Sozialschichten mit unterschiedlichen Auswirkungen für die relativen Bildungschancen verbunden: So hatten – Daten der amtlichen Statistik zufolge – im Jahre 1965 die Beamtenkinder eine 19-mal bessere Chance als die Arbeiterkinder, auf das Gymnasium zu wechseln. Danach verbesserten sich die Bildungschancen bis zum Jahre 1985 zu Gunsten der Arbeiterkinder. Jedoch hatten im Jahre 1989 die Beamtenkinder immer noch elfmal bessere Chancen als die Arbeiterkinder, das Gymnasium besuchen zu können. In den 1990er Jahren verringerte sich – Analysen auf der Datengrundlage des SOEP zufolge – die Bildungsungleichheit weiterhin in geringem Maße. So hatten im Jahre 1995 die Schulkinder aus den Dienstklassen (einschließlich der Beamtenkinder) gegenüber den Kindern aus den Arbeiterschichten eine neunmal und im Jahre 2000 eine siebenmal bessere Chance, ins Gymnasium zu wechseln.

Bei frühen Bildungsübergängen haben sich zwar im Zuge der Bildungsexpansion die traditionellen Bildungsungleichheiten nach sozialer Herkunft moderat reduziert, aber der Bildungszugang ist weiterhin von beträchtlicher Chancenungleichheit geprägt. Weiterführende Analysen belegen, dass vor allem die unteren Mittelschichten vom Ausbau des Bildungssystems profitierten sowie auch die besser gebildeten Mittelschichten mit qualifizierten Dienstleistungsberufen, die im Zuge der Bildungsexpansion und Tertiärisierung von Bildung und Berufsstruktur zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Zwar verringerte sich beim Zugang

zur Realschule generell die Chancenungleichheit nach sozialer Herkunft, aber die Chancen für den Übergang zum Gymnasium hängen immer noch von der sozialen Herkunft – also der sozialen Position des Elternhauses – ab.

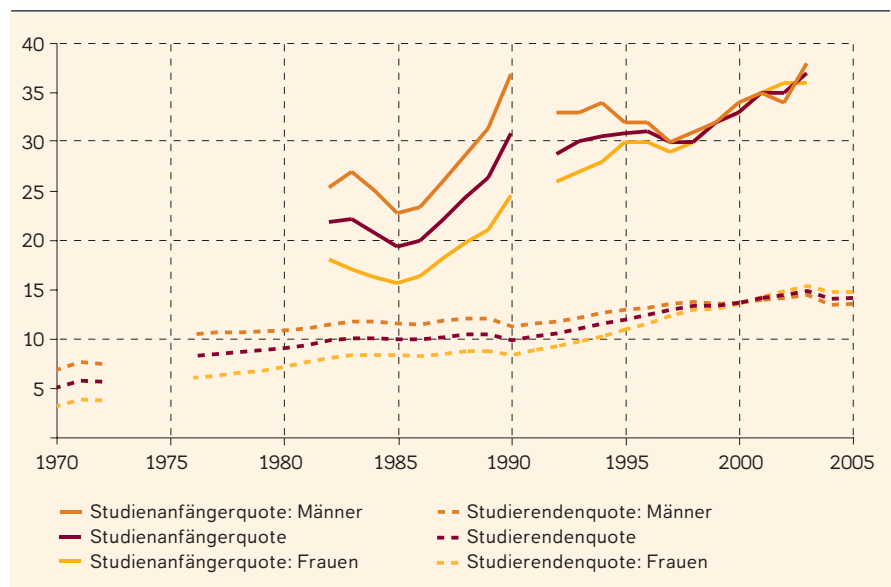
3.2.3 Entwicklung von Berufsausbildung und Studienbeteiligung

Die Bildungsexpansion fand mit einer zeitlichen Verzögerung auch an den Hochschulen statt und hält bis in die Gegenwart an. Die Studienanfängerquote für das Studium an Universitäten (einschließlich pädagogischer und theologischer Hochschulen) und Fachhochschulen (relativer Anteil der Studienanfänger an der 18- bis unter 22-jährigen Bevölkerung) ist von 19 % im Jahre 1980 auf rund 31 % bis Ende der 1980er Jahre gestiegen. Bis dahin blieben die geschlechtsspezifischen Disparitäten der Studienchancen relativ konstant. Nach 1990 ist ein Anstieg der Studienanfängerquote von 29 auf 37 % zu verzeichnen. Im Zuge dieser Entwicklung sind die Unterschiede in den Studienchancen zwischen den Geschlechtern verschwunden.

Für die unteren Sozialschichten stellt der Übergang in das Hochschulstudium eine weitere Hürde im Bildungsverlauf dar. Gemessen an den gestiegenen Studienchancen von sozial privilegierten Personen aus höheren Sozialschichten, haben sich die traditionell ungünstigen Studienchancen von Arbeiterkindern seit Anfang der 1980er Jahre kaum verändert. Die relativen Gewinne, die die Arbeiterkinder im Zuge der Bildungsexpansion zumindest beim Übergang auf die weiterführenden Schullaufbahnen in der Sekundarstufe I erzielt haben, fanden bislang keine Fortsetzung beim Übergang in den immer noch sozial exklusiven Bereich der tertiären Bildung. Im Gegenteil haben sich bei den relativen Studienchancen die Abstände zwischen höheren und niedrigeren Sozialschichten weiterhin vergrößert. Vor allem die Arbeiterkinder werden über das Angebot alternativer Ausbildungen vom Studium an den Universitäten »abgelenkt«. → Abb. 3

Die Studierendenzahl (prozentualer Anteil der Studierenden an der Gesamtbevölkerung im Alter zwischen 20 und 30 Jahren) stieg von 5 % im Jahre 1970 auf über 8 % im Jahre 1980 und rund 10 %

Abb. 3: Studienchancen und Studienbeteiligung im Wandel 1970–2005, in %



Datenbasis: Gesis-ZUMA System sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland – eigene Darstellung.

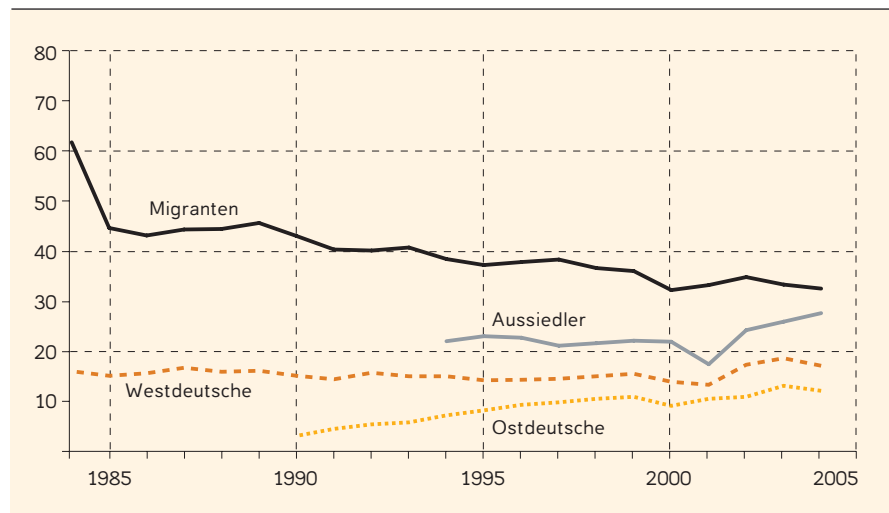
im Jahre 1990; nach der deutschen Einheit ist sie weiter bis auf 14 % im Jahre 2003 gestiegen. Hierbei haben sich im Laufe der Zeit die geschlechtsspezifischen Disparitäten deutlich verringert, so dass die noch Anfang der 1990er Jahre deutlichen Unterschiede in den Studienchancen zwischen Frauen und Männern bis zum Ende dieses Jahrzehnts verschwanden. Angesichts der gestiegenen Bildungsbeteiligung im tertiären Bereich wurden bestimmte Ziele der Bildungspolitik erreicht und zum Teil übertroffen. Entgegen den häufig wiederholten Behauptungen gab es keine Bildungsinflation im Sinne der Überproduktion formal Hochqualifizierter und Akademiker.

Nach der Sekundarstufe I erfolgt entweder eine Fortsetzung der allgemeinbildenden Schulbildung oder der Wechsel in die duale Berufsausbildung. Voraussetzung für eine Berufsausbildung ist der erfolgreiche Abschluss der Schulbildung mit einem qualifizierten Abschlusszeugnis. Zwischen 50 und 60 % der deutschen Erwerbsbevölkerung verfügt über einen qualifizierten Berufsabschluss. Dieses Zertifikat ist ein Garant für hohe Erwerbschancen und niedrige Arbeitslosigkeitsrisiken. Allerdings ist der Abschluss einer Berufsausbildung ungleich zwischen Bevölkerungsgruppen verteilt.

So hängt das hohe Arbeitslosigkeitsrisiko unter den Migranten und Aussiedlern im deutschen Arbeitsmarkt eng mit einem fehlenden Berufsabschluss zusammen. Während im Jahre 1984 noch 62 % der Migranten im Alter zwischen 20 und 29 Jahren über keinen Berufsabschluss verfügten, hatten im Vergleich dazu rund 16 % der westdeutschen Frauen und Männer im selben Alter keinen Berufsabschluss erworben. → Abb. 4

Bis zum Jahre 2004 sank zwar der Anteil der 20- bis 29-jährigen Migranten ohne Berufsabschluss auf 33 %, aber sie hatten immer noch ein 2,4-mal höheres Risiko, ohne Berufsabschluss zu bleiben, als die altersgleichen Westdeutschen. Auch die

Abb. 4: Ohne Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt? Anteile von 20- bis 29-Jährigen ohne Berufsabschluss, in %



Datenbasis: SOEP (ungewichtete und gerundete Ergebnisse).

Aussiedler haben ein höheres Risiko als die West- oder Ostdeutschen ohne Berufsabschluss um einen Arbeitsplatz konkurrieren zu müssen. Allerdings ist in Ostdeutschland im Zeitraum von 1994 – 2004 unter den 20- bis 29-Jährigen der Anteil von Personen ohne Berufsausbildung deutlich von 3 auf 12 % angestiegen. Trotz relativer Bildungserfolge in der Berufsausbildung sind die Migranten und Immigranten nach ihrer Ankunft in Deutschland gegenüber den Einheimischen weiterhin deutlich im Nachteil.

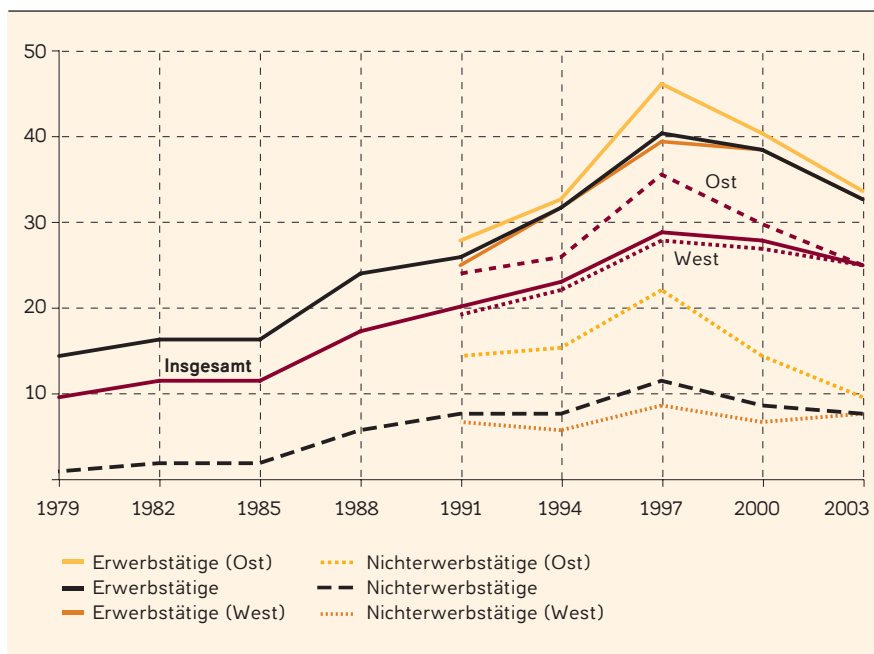
3.2.4 Berufliche Weiterbildung

Aus bildungs- und wirtschaftspolitischen und in den letzten Jahren auch aus sozialpolitischen Gründen ist die Bedeutung der beruflichen Weiterbildung in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen. Dies lässt sich an steigenden Teilnahmezahlen ablesen, denen zufolge in den letzten 20 Jahren für Personen im Alter von 19 bis 64 Jahren ein deutlicher Anstieg aller Teilnahmen an beruflicher Weiterbildung zu verzeichnen ist. Zwischen 1979 und 1997 ist die Teilnahmequote von 10 auf 30 % gestiegen und dann wieder auf 26 % im Jahre 2003 zurückgegangen. Generell lagen die Teilnahmequoten im Os-

ten Deutschlands mit 25 % im Jahr 1991, 37 % im Jahr 1997 und 31 % im Jahr 2000 deutlich höher als in Westdeutschland. Während sich in Westdeutschland die Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung kaum verändert hat, ist sie im Osten Deutschlands gegen Ende der 1990er Jahre um sechs Prozentpunkte zurückgegangen. Im Jahr 2003 lagen die Teilnahmequoten in beiden Teilen Deutschlands mit 26 % auf gleichem Niveau. Nichterwerbstätige partizipieren in einem geringeren Maße an der beruflichen Weiterbildung als Erwerbstätige. Während sich im Jahr 1979 rund 15 % und im Jahr 2000 rund 40 % der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland beruflich weiterbildeten, nahmen nur zwischen einem und elf Prozent der Nichterwerbstätigen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teil. In Ostdeutschland ist der Anteil der Nichterwerbstätigen, die sich beruflich weiterbilden, deutlich höher als im Westen Deutschlands. → Abb. 5

Trotz der gestiegenen Teilnahme an beruflicher Weiterbildung hat sich in der Kohortenabfolge die soziale Selektivität beim Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen nicht geändert. Weiterführende Analysen mit Daten des SOEP und der Deut-

Abb. 5: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung in Deutschland, 1979 bis 2003 (Teilnahmequoten in %)



Quelle: Kuwan, Helmut und Thebis, Frauke 2005: Berichtssystem Weiterbildung 2003. Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland, Bonn: BMBF, S.22, S.34-35. Eigene Darstellung.

schen Lebensverlaufsstudie belegen zudem, dass jüngere und besser gebildete Geburtsjahrgänge immer bessere Chancen haben, sich bereits zu Beginn ihres Berufsverlaufs beruflich weiterzubilden. Auch die Bevölkerungsgruppen, die bereits vorteilhafte Karrieren- und Einkommenschancen realisiert haben oder sich in beruflichen Positionen und Beschäftigungsbereichen mit günstigen Arbeits- und Aufstiegsbedingungen befinden, weisen privilegierte Weiterbildungschancen auf. Schließlich steht der Zugang zu beruflicher Weiterbildung in direktem Zusammenhang mit erworbenen Kenntnissen aus einer ersten Ausbildung bzw. aus langjähriger Berufserfahrung. Statt einer Kompensation von Bildungsdefiziten erfolgt über berufliche Fort- und Weiterbildung eine kumulative Qualifikation bereits privilegierter Erwerbspersonen. Insgesamt verstärken sich über selektive Weiterbildungschancen bestehende herkunfts- und geschlechtsspezifische Ungleichheiten bei der schulischen und beruflichen Ausbildung über den gesamten Berufs- und Lebensverlauf.

3.2.5 Zusammenfassung

Das Bildungssystem hat durch die Vermittlung von Wissen und die Vergabe von Zertifikaten einen entscheidenden Einfluss auf die soziale Platzierung seiner Absolventen und daran geknüpfte Lebenschancen: Je höher der erreichte Abschluss, desto größer die Chancen auf den gewünschten Ausbildungs- oder Studienplatz und damit im Allgemeinen auch auf die spätere berufliche Position. Trotz der herausragenden Bedeutung von Bildung für Individuum und Gesellschaft sind die Möglichkeiten, höherwertige Bildungslaufbahnen einzuschlagen und qualifizierte Bildungspatente zu erwerben, ungleich in der Bevölkerung verteilt. So hängen die Bildungschancen – der eingeschlagene Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen sowie der Erwerb von Bildungszertifikaten – wesentlich von ihrer sozialen Herkunft, also der sozioökonomischen Lage ihres Elternhauses, ab. Offensichtlich ist, dass die Bildungsexpansion über zunehmend bessere Bildungschancen für alle Sozialschichten –

und vor allem für ehemals benachteiligte Mädchen – zu einer Höherqualifizierung in der Bevölkerung geführt hat, aber nicht zum generellen Abbau von Bildungsungleichheiten hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Dieser soziale Tatbestand hat nicht zuletzt deswegen weitreichende individuelle Konsequenzen und gesellschaftliche Folgen, weil Bildung eine relevante Ressource ist, bei der auch kleine Niveauunterschiede am Anfang des Bildungsverlaufs zu großen Ungleichheiten im weiteren Verlauf des Lebens führen können.

Bei aller Unvollkommenheit der in der Nachkriegszeit initiierten Bildungsreformen sind durchaus Erfolge beim Abbau größter Bildungsungleichheiten erzielt worden. Aber bildungspolitische Programme, die vornehmlich das gesellschaftspolitische Ziel verfolgen, durch ein vermehrtes Angebot an Bildungsmöglichkeiten bestehende Bildungsungleichheiten auflösen zu wollen, haben sich als weniger erfolgreich als erhofft herausgestellt. Die Bildungsexpansion vermag für sich genommen weder einen Abbau von Bildungsungleichheiten zwischen den Sozialschichten noch eine Reduktion un gerechtfertigter Ungleichheiten von Lebenschancen zu bewirken.

